

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Linkspartei in der Europa-Sackgasse – S. 3*
- *Papua-Neuguinea: Kinderarbeit und Prostitution – S. 7*
- *Sans Papiers in Mannheim und Freiburg – S. 12*
- *DGB-Studie: Arm trotz Arbeit – S. 16*
- *Linke Landesparteitag in NRW: Überraschende Schnitte – S. 20*

Ausgabe Nr. 7 am 5. Juli 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
—ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzter, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubauer Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubauer Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Burkhard Hirsch: „Verfassungsschutz kontrollieren, nicht abschaffen“

Deutschlandfunk, Interview, 3.7., 12.10 Uhr. Anne Raith befragte für den Deutschlandfunk Burkhard Hirsch, FDP, unter anderem ehemals Innenminister in Nordrhein-Westfalen, zum Thema Aktenvernichten beim Verfassungsschutz:

Herr Hirsch, Gerhart Baum – wir haben es eben gehört – erinnert sich mit Grausen an das Koordinationschaos. Haben Sie ähnliche Erfahrungen gemacht in Ihrer Amtszeit?

Hirsch: Ja nicht ganz. In Nordrhein-Westfalen ist der Verfassungsschutz eine Abteilung des Innenministeriums, also keine selbstständige Behörde. Das heißt, ich habe mich intensiv mit den Problemen jeweils befasst, bin auch mit dem Leiter dieser Abteilung ständig in engem Kontakt gewesen, und ich glaube, dass wir jedenfalls derartige Pannen in Nordrhein-Westfalen selber nicht gehabt haben, obwohl es manche Dinge gab, die mich auch mit Unbehagen erfüllt haben. Ein solcher Inlandsnachrichtendienst ist immer eine problematische Geschichte, die man sehr sorgfältig prüfen und überwachen muss.

Raith: Aber auch in Nordrhein-Westfalen hat es ja Morde dieser Mordserie gegeben und was Gerhart Baum meinte, war auch die Abstimmung zwischen den einzelnen Verfassungsschützern. Können Sie da seine Einschätzung teilen, dass da einfach vieles im Argen liegt?

Hirsch: Es gab immer ein Problem dann, wenn Verfassungsschutz und polizeiliche Tätigkeit sich überschneiden. Das haben wir auch im Zusammenhang mit der RAF damals erlebt, dass der Verfassungsschutz über einzelne Vorgänge Kenntnisse hatte, die nicht in vollem Umfang und nicht ordnungsgemäß an die Polizei gelangten. Ich halte das für einen schweren Fehler und habe es immer für einen schweren organisatorischen Fehler gehalten, wenn der Verfassungsschutz beteiligt wird an der Aufklärung von Straftaten. Das heißt, in demselben Augenblick, wo der Verdacht einer Straftat besteht, muss der Verfassungsschutz veranlasst und gezwungen werden, den Sachverhalt der Polizei und der Staatsanwaltschaft vollkommen zu übertragen.

Raith: Vom Parlamentarischen Kontrollgremium, das Sie ansprechen, kommt jetzt die Forderung, dass die Sicherheitsbehörden jetzt verstärkt aufklären müssen. Aber wie soll das gehen, wenn es ja gerade die Sicherheitsbehörden sind, in denen es ja offenbar mehr als eine Ungereimtheit gegeben hat?

Hirsch: Die Parlamentarischen Kon-

trollgremien, die müssen die Möglichkeit haben, verstärkt aufzuklären, was eigentlich in den Diensten tatsächlich passiert, und das geht eben mit dem vorhandenen Personal nicht, sondern da braucht man wirklich auch die finanziellen Möglichkeiten, jemanden zu beauftragen, speziell ein Problem durch Akteneinsicht vor Ort aufzuklären, ohne dass das groß vorher angekündigt und angemeldet wird. Also ich denke, man sollte nicht so sehr darauf vertrauen, dass ein Dienst sich selber kontrolliert, sondern man muss darauf achten, wie man ihn von außen her kontrollieren kann.

Raith: Keine Sekunde Ruhe hat ja auch im Moment die Opposition, die direkt ruft nach der Abschaffung der ganzen Behörde, dass man komplett den Bundesverfassungsschutz auf den Prüfstand stellen soll. Wäre der Sache denn damit gedient in Ihren Augen?

Hirsch: Nein. Die Abschaffung halte ich, das wäre wirklich ein Fehler, weil wir dann eine politische Polizei kriegen würden. Früher wurden ja solche Beobachtungen von einer politischen Polizei wahrgenommen und die Auslagerung dieses Teils der Arbeit auf eine andere Behörde halte ich für ganz wichtig, weil wir die Polizei nicht politisch haben wollen. Wir brauchen eine Behörde in der Tat, die eben politische Entwicklungen beobachten kann. Nun war der Verfassungsschutz ja ein legitimes Kind des Kalten Krieges. Der Kalte Krieg ist beendet und es gibt innenpolitische Vorgänge – Sie haben recht: Wir haben Rechtsextremismus, wir haben auch Trümmer des Linksextremismus –, die man schon beobachten sollte. Aber ich meine, dass der bisherige Umfang des Apparates, der sich aus dem Kalten Krieg ergab, dass der übersetzt ist, und ich denke, dass man den Verfassungsschutz auf seine wirkliche Aufgabe zurückführen muss, nämlich nicht kriminelle Vorgänge zu beobachten, sondern zu sehen, haben wir in unserem politischen Spektrum Leute, die Grundwerte unserer Verfassung umstürzen wollen. Das ist eine andere Aufgabe, die ich unverändert für nötig halte, aber nicht polizeilich.

Jubel über militärische Schauspiele ist Reklame für den nächsten Krieg

Bernd Bücking, München. Erstmals in der 40jährigen Geschichte der Bundeswehr-Universität München-Neubiberg wird ein Beförderungsappell (für 573 Offiziersanwärter) im Hofgarten der Residenz öffentlich zelebriert. In erstaunlich kurzer Zeit fand sich ein breites Protestbündnis aus Organisationen und Einzelpersonen zusammen, die zu einer Gegenkundgebung auf dem benachbarten Odeonsplatz aufriefen.

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

Freitagnachmittag! Brennende Sonne! Wenig Mobilisierungszeit! Und trotzdem – über 500 Münchnerinnen und Münchner sammelten sich vor dem Transparent „Kein Werben fürs Sterben!“ Aus der Fülle unterschiedlichster Stellungnahmen und Argumente der langen Rednerliste seien hier nur einige herausgegriffen.

– Anknüpfend an die 1914 hier jubelnde Menge blumenbekränzter Soldaten vor der Feldherrenhalle, die von übelsten Hetzern auf die Gemetzel des Ersten Weltkriegs zugerichtet wurden, über die ebenfalls hier erfolgte Niederschlagung des Hitlerputsches 1923, stellen wir uns in die Tradition der 1918 hier aufmarschierten Arbeiter- und Soldatenmassen der Räterepublik, die sich dem deutschen Militarismus und seinen Helfershelfern entgegenstellten.

– Der ist auch heute nicht besiegt. Im Gegenteil erleben wir zur Zeit einen neuen Anlauf der Kriegsverherr-



lichung durch den Bundespräsidenten, Werbeveranstaltungen in Schulen, auf Messen und Volksfesten, Wehraufträge an Universitäten und Labors, ein Veteranentag ist in Vorbereitung und eben solche öffentlichen Rituale wie neben uns im Hofgarten.

– Dies alles dient dazu, die in Umfragen dokumentierte Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr durch die Bevölkerungsmehrheit zurückzudrängen und gleichzeitig der Armee Anerkennung und Ansehen zu organisieren, ohne das sie nicht leben kann – so Oberstleutnant a.D. Rose. Dieses als „Freiheits- und Wohlstandsbringerin“ verklärte Bundeswehrimage ist durch 104 zusammen gebombte afghanische Zivilisten in Kundus brutal korrigiert worden.

– Vom ehemaligen Bürgermeister und Verfassungsrichter Hahnzog wurde betont, dass schon die Propagierung von Auslandsinterventionen (von der Realisierung ganz zu schweigen) gegen Verfassung und Völkerrecht verstößt, die im Art.155 GG Militäreinsatz nur bei direktem Angriff auf die Nato-grenzen gestattet. Noch im Jahr 2005 widersprach das Bundesverfassungsgericht der Praxis, Verteidigung deut-

scher Interessen mit der Verteidigung deutscher Grenzen gleich zu setzen.

– Eben diese „deutschen“ Interessen, die in Wirklichkeit die Interessen deutscher Monopole und Banken sind, werden in den Richtlinien der Bundeswehr offen als Interventionsgrund aufgelistet: Der Zugang zu Rohstoffen (die leider anderen Staaten gehören) und die Sicherung der Verkehrswege dahin. Die Bundeswehr soll auf dem modernsten Manöverplatz Europas in der Nähe von Magdeburg im Kampf gegen aufbegehrende, streikende, meuternde und revolutionäre Gruppen im Häuserkampf trainiert werden, weshalb man dort eine vollständige Stadt mit Hochhäusern, Warenhäusern, U-Bahntunnel und Radiosender aufbaut, wie Militärs prahlisch versichern.

– Dass sie dabei eine Ordnung mit ihrem eigenen Leben verteidigen sollen, die Lebensmittel vernichtet, während gleichzeitig Hunderttausende verhungern, hat eine Rednerin als verbrecherisch charakterisiert.

– Große Zustimmung der Versammelten fand eine Aktion vom Vortag. Eine Gruppe christlicher, pazifistischer und kommunistischer Aktivisten besuchte mit zum Frieden mahnenden Bibelzitaten auf Transparenten die Messe in der gewaltigen Theatinerkirche am Odeonplatz (siehe Bild). Hier sollte das BuWe-Spektakel

mit einem Gottesdienst der Offizieranwärter beginnen, um anschließend auf Befehle zum Töten vereidigt zu werden. Die zuständigen Dominikaner mussten in der zum Teil emotionalen Debatte zugeben, dass jedes Jahr auch ein Gottesdienst für die Mittenwalder Gebirgsjäger dort stattfindet, einer Truppe, die sich ohne Abstriche zur mit Kriegsverbrechen gespickten Besetzung Kretas im Zweiten Weltkrieg bekennt...

Alle diese Redebeispiele sind hier bewusst nicht Organisationen oder Weltanschauungen zugeordnet. Sie alle, ob einer sie voll zutreffend oder nebensächlich findet, dienen der einen, gemeinsamen Aussage: Nie wieder Militarismus und Krieg! Keine Verherrlichung des Soldatentums! Wir nehmen die schleichende Militarisierung, die Gewöhnung an Krieg als normales Mittel der Politik nicht hin!

So herrschte ein solidarisches, ja freundschaftliches Klima zwischen allen, doch sehr unterschiedlichen Teilnehmern, ohne Rechthaberei oder Examinierung, wie man sich denn bitte schön eine bessere Ordnung vorstelle. In der gemeinsamen praktischen Aktion gegen die uns alle bedrohenden

Verhältnisse den anderen und seine Überlegungen respektieren, anerkennen und vielleicht sogar davon lernen – so eine Aktion bringt vorwärts. Candeias sagt es so: „Ein produktives Mosaik der Linken sucht nicht nach Gemeinsamkeiten, sondern stellt sie selbst im gemeinsamen Handeln her.“

Der Arbeitsmarkt schwächtelt

Pressemitteilung der Agentur für Arbeit, 28.6. rüll. Die Agentur für Arbeit hat Ende Juni ihre neuen Arbeitsmarktzahlen vorgelegt. Sie dokumentieren die erhebliche Eintrübung der Konjunkturaussichten, insbesondere durch die anhaltenden Querelen in der EU. Die Politik der Regierung Merkel, durch überzogene Stabilisierungsfordernisse die Wirtschaftsprozesse in den Mittelmeirländern buchstäblich gegen die Wand zu fahren, schlägt inzwischen auch auf die deutsche Wirtschaft negativ zurück. Exporte, ja neue Aufträge generell lassen merklich nach, weil die Unternehmen zunehmend nervös werden. Das schlägt auch auf den Arbeitsmarkt durch. „Auf dem deutschen Arbeitsmarkt gibt es im Juni Anzeichen einer schwächeren Entwicklung. So ist die Zahl der arbeitslosen Menschen weniger stark gesunken als im Juni üblich. Auch die Arbeitskräfteanfrage hat nachgegeben“, räumte die Agentur für Arbeit in ihrer Juni-Bilanz ein. So lag die Zahl der Bezieher/innen von Arbeitslosengeld I im Juni erstmals seit längerem wieder höher als im Vorjahr. 768 000 Menschen bezogen im Juni 2012 ALG I, das waren 26 000 mehr als im Juni 2011. Gesunken ist dagegen im Jahresvergleich die Zahl der Bezieher von ALG II. „Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II in der Grundsicherung (SGB II) lag im Juni bei 4.473 000. Gegenüber Mai ist die Zahl der Arbeitslosengeld II-Bezieher um 19 000 gesunken, im Vergleich zum Juni 2011 waren es 176 000 weniger. 8,3 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter sind hilfebedürftig“, berichtete die Agentur. Der Bezug von ALG II und Arbeitslosigkeit sind bekanntlich zweierlei Schuhe. Etwa ein Drittel aller ALG-II-Bezieher/innen bezieht die Leistungen der Jobcenter inzwischen zusätzlich zum Lohn, weil in vielen Bereichen der von den Arbeitgebern gezahlte Lohn nicht zum Leben reicht. Das ALG II ist also zunehmend eine staatliche Subventionierung von menschenunwürdigen Dumpinglöhnen. Da gleichzeitig die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahresvergleich weiter steigend ist, fasst die Agentur das Gesamtbild aus ihrer Sicht so zusammen: „Die Nachfrage nach Arbeitskräften bewegt sich auf hohem Niveau, lässt aber nach.“

Linkspartei in der Europa-Sackgasse

Die Linke hat im Bundestag den Fiskalpakt abgelehnt und will vor dem Bundesverfassungsgericht erreichen, dass das mit Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetzespakt nicht in Kraft tritt. Sie befindet sich dabei an der Seite mit Kritikern einer weiteren Europäischen Vergemeinschaftung wie Peter Gauweiler (CSU), Peter Aiwanger (Freien Wähler Bayern) und Herta Däubler-Gmelin (ehemals Bundesjustizministerin, SPD – s.a. Meldung Seite 11).

Wir dokumentieren zum einen aus der Rede der stellvertretenden Linke-Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht im Bundestag, mit der die Ablehnung begründet wurde.

Ins Auge springt, dass sich die Argumente im Kreis des Abspaltungs- und Abgrenzungsprozesses von der SPD bewegen. Historisch verständlich, stammt doch der große Teil der Westlinken aus diesem Abspaltungsprozess, aber allmählich gefährlich sekteriell, weil das Schema die anderen (Schlechten) und wir (die Guten) vielleicht ein warmes Gefühl erzeugt, aber keine politischen Konzepte, die eine Wählerschaft vom Nutzen der Partei überzeugen können.

Unser zweites Dokument ist der Bericht über eine Rede des Altkanzlers Helmut Schmidt. Er, der 1976 die Bundestagswahlen mit dem Slogan „Modell Deutschland“ bestritt, beschwört den „fortschreitenden europäischen Verbund“.

Wir hatten in der Aprilausgabe der „Politischen Berichte“ den Aufsatz von Harald Pätzoldt zum Verhältnis der Linkspartei zur SPD abgedruckt, in der er auf die Spannung zwischen Standortpolitik und Sozialstaatskonflikt hinwies, bei dem die SPD in der gegenwärtigen konkreten Lage sich mehr versprechen kann, wenn sie sich auf die Seite der „deutschen Beutegemeinschaft“ schlägt. Eine Verschärfung der Sozialstaatskonflikte brächte eine Destabilisierung mit sich, warum sollte die SPD sich auf eine solche riskante Politik einlassen? Die SPD verspricht sanfte Modifikationen der gegenwärtigen Politik. Sie fährt damit bei Wahlen bislang erfolgreich und vermehrt Ämter und Mandate, ist also an Macht und Entscheidungen beteiligt – und sie kann das alles ohne Die Linke.

Die kann jetzt versuchen, weiter auf die SPD einzudreschen („wir, die einzige Partei, die ...“), mit dem Risiko als Verweigerungspartei den Bundestag als Tribüne zu verlieren. oder ... Die Hoffnung ist nicht groß, aber stirbt bekanntlich zuletzt. *Alfred Küstler*

Sahra Wagenknecht: „Dafür sind Sie alle gemeinsam verantwortlich“

(*Protokoll des Deutschen Bundestages*, 27. Juni 2012)

Milliarden von Steuergeldern sind verpufft. Derjenige, der Verantwortung trug, erwies sich als Marionette. Als Puppenspieler agierte ausgerechnet die Sorte Manager, die zuletzt Besserung gelobte: ein Investmentbanker.

Was das „Handelsblatt“ über die Verstaatlichung des Energieversorgers EnBW geschrieben hat, gilt leider auch für die Europapolitik dieser Bundesregierung: Sie handeln wie Marionetten. Die Puppenspieler sind die Banker, und heraus kommen Verträge, mit denen die Bürgerinnen und Bürger über den Tisch gezogen werden, um die Vermögen der Reichen zu retten und das Spielcasino Finanzmarkt am Laufen zu halten.

Das heutige Europa, das Sie jetzt mit dem zweiten riesigen Bankenrettungsschirm und dem Fiskalpakt besiegen wollen, ist das genaue Gegenteil davon. Dieses Europa ist ein Projekt der Zerstörung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, (Beifall bei der Linken) ein Projekt zur Zerschlagung von Arbeitnehmerrechten und ein Projekt zur Senkung von Löhnen und Renten. Es ist ein Projekt von Deutscher Bank, Goldman Sachs und Morgan Stanley zur Ausplünderung der europäischen Steuerzahler.

Dass es dahin kommen konnte, dafür sind Sie alle gemeinsam verantwortlich: Sie, Frau Merkel, und Ihre schwarz-gelbe Koalition, für die es offenbar gar keine anderen Werte mehr gibt als die, die auf den Finanzmärkten gehandelt und von den Ratingagenturen benotet werden, aber auch Sie, werte Damen und Herren von der vermeintlichen Opposition aus SPD und Grünen, die sich zwar vor den Kameras gern als Regierungskritiker aufplustern, aber bisher nahezu jeder europapolitischen Schandtat dieser Regierung zugestimmt haben, so wie Sie es heute auch wieder vorhaben. (Beifall bei der Linken)

Sie erzählen uns, die Krise in den Südländern gehe auf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zurück. Die spanische Industrie produziert heute zwar 30 Prozent weniger als 2008. Aber zwischen 2008 und heute sind die spanischen Lohnstückkosten um 9 Prozent gesunken. Daran kann es also nicht liegen. Es liegt daran, dass die Banken in Spanien marode sind und die Realwirtschaft nicht mehr mit Krediten versorgen. Es liegt des Weiteren

daran, dass seit Jahren ein brutales Kürzungsprogramm in Spanien läuft, das der Wirtschaft die Luft zum Atmen nimmt. Genau das Gleiche haben wir schon in Griechenland erlebt. (Beifall bei der Linken)

Dieses Katastrophenkonzept soll jetzt mit dem Fiskalpakt auf ganz Europa übertragen werden? Wollen Sie irgendwann auch in Deutschland griechische Verhältnisse? Das ist doch Wahnsinn, Frau Merkel! (Beifall bei der Linken)

Frau Merkel, ich sage Ihnen auch: Wenn Sie weiter die europäischen Staaten mit brutalen Kürzungssprogrammen in die Krise zwingen, statt sie endlich durch Direktkredite der Europäischen Zentralbank von der Zinstreiberei der Finanzmärkte unabhängig zu machen, dann werden Sie nicht als eiserne Kanzlerin in die Geschichte eingehen, sondern als Totengräberin des Euro. (Beifall bei der Linken)

Herr Brüderle, Sie haben hier gerade populär herumgetötet, dass die Oma mit ihrem Sparbuch nicht für die Investmentbanker haften soll. Wenn Sie das ernst nehmen, müssen Sie und Ihre Fraktion heute aber geschlossen gegen den ESM stimmen; (Beifall bei der Linken) denn der bedeutet genau das, was Sie gesagt haben, dass nämlich Rentner, Beschäftigte und Arbeitslose für die Zockereien der Investmentbanker zahlen müssen. (Rainer Brüderle (FDP): Viele Grüße von Erich!)

Das ist der Kern Ihrer Politik. Sie retten nicht den Euro, sondern Sie retten die Euros der Millionäre. (Beifall bei der Linken) Dann seien Sie wenigstens so ehrlich und sagen das den Bürgern. Sagen Sie ihnen, dass sich der soziale Bundesstaat, den das Grundgesetz feststellt, mit den vorliegenden Verträgen erledigt hat. Sagen Sie ihnen, dass sie in Zukunft auch in Deutschland ein Parlament wählen dürfen, das nicht mehr viel zu sagen haben wird; denn auch Deutschland gehört zu den Ländern, deren Staatsverschuldung weit über dem liegt, was der Fiskalpakt verlangt. Sagen Sie den Menschen, dass das ein kalter Putsch gegen das Grundgesetz ist. (Beifall bei der Linken)

Werte Abgeordnete von CDU und CSU, Ihre Parteien haben in der Nachkriegszeit den Slogan „Wohlstand für alle“ auf ihre Fahnen geschrieben. Jetzt zerstören Sie den Wohlstand von Millionen. (Rainer Brüderle (FDP): Es lebe der Sozialismus!)

Sie nehmen den Armen das Brot, (Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!) weil Sie zu feige sind, den Reichen das Geld zu nehmen. Halten Sie das für

christlich? (Beifall bei der Linken)

Werte Abgeordnete der Liberalen, dass ein Staat private Verluste sozialisiert, wenn die Betroffenen nur reich und einflussreich genug sind, ist alles, nur kein Liberalismus. Wollen Sie das wirklich vertreten?

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie tragen die Wörter „sozial“ und „demokratisch“ in Ihrem Parteinamen. An diesem Anspruch haben Sie sich in den letzten Jahren schon oft genug versündigt: mit der Agenda 2010, mit der Deregulierung der Finanzmärkte, mit Hartz IV und mit der Zerschlagung der gesetzlichen Rente. Wenn man aber Knebelverträge zustimmt, mit denen Sozialstaat und Demokratie in Europa endgültig zu Grabe getragen werden, heißt das, die Agenda-Politik in Deutschland mit einer Ewigkeitsgarantie zu versehen. (Beifall bei der Linken)

Dazu muss ich Sie fragen: Ist es das Linsengericht, nach der nächsten Wahl wieder als Juniorpartner einer Großen Koalition mittun zu dürfen, wirklich wert, Ihren Wählern noch einmal derart ins Gesicht zu schlagen? (Beifall bei der Linken – Johannes Kahrs (SPD): Hat Oskar die Rede geschrieben?)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie wurden als Abgeordnete auf Basis unseres Grundgesetzes gewählt. Wenn Sie noch ein Gewissen haben – als Demo-

kraten und als Europäer –, dann, bitte ich Sie, folgen Sie diesem Gewissen und stimmen Sie heute mit Nein.

Vielen Dank. (Anhaltender Beifall bei der Linken)

Helmut Schmidt für Merkels Kurs in der Europapolitik

Welt Online, 2.7.2012

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) ist mit dem Eric-M.-Warburg-Preis der Atlantik-Brücke ausgezeichnet worden. Der 93-Jährige bekam die Auszeichnung am Montagabend bei einer Feier zum 60-jährigen Bestehen des transatlantischen Vereins in Berlin überreicht und lobte dabei ausdrücklich Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Schmidt für europäische Integration

Schmidt plädierte in seiner Dankesrede für eine weitere europäische Integration. Bislang habe Europa oft zu zaghaft reagiert. „Man muss sein Herz über die Hürde werfen“, sagte der Altkanzler. „Entweder setzen wir unsere Finanzkrise fort und kämpfen als einzelne Staaten um unser nationales Schicksal, um unsere nationalen Vorteile und Nachteile – aber mit schwindender Aussicht auf Erfolg. Oder wir finden zurück zum Konzept des fortschreitenden europäischen Verbundes.“

Schmidt dankte mit den Worten, er habe den Preis gerne entgegen genommen. Die Auszeichnung rufe in ihm viele Erinnerungen wach. Ohne die Tatkraft der USA hätte es die heutige Europäische Union nicht gegeben, erklärte der Alt-Kanzler, der ausdrücklich Amtsinhaberin Merkel lobte.

Diese beweise in den aktuellen Verhandlungen rund um die Euro-Krise ein „bemerkenswertes taktisches Geschick“. Mit Blick auf die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Fiskalpakt und den Rettungsschirm ESM wies Schmidt diejenigen Kritiker in die Schranken, die mehr Mitspracherecht fordern. Von einem „Vorrang des deutschen Interesses“ sei im Grundgesetz keine Rede, erklärte er.

Forderung nach Pro-EU-Urteilen

Zudem forderte Schmidt das Bundesverfassungsgericht auf, sich zu einem klaren Europa-Kurs zu bekennen. Angesichts der Schuldenkrise seien „Entschlusskraft und Opferbereitschaft dringend geboten“, sagte Schmidt.

Zugleich mahnte Schmidt vor einer Marginalisierung Europas in der Globalisierung. Im 21. Jahrhundert ständen nicht nur die europäische Wirtschaft, sondern auch der demokratische Sozialstaat und die Werte der Aufklärung auf dem Prüfstand.

Schleswig-Holstein

Regierungsbeteiligung statt Smørrebrød, røm pøm pøm

Die CDU versucht sich in Schleswig-Holstein in der Oppositionsrolle. Dabei startete die Union mit Warnungen vor der „Dänenampel“ und anderer antidänischer Propaganda, welche die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband, SSW begleiteten. Die Koalition gab sich den Namen „Bündnis für den Norden“ und wählte am 12. Juni Torsten Albig, der das Bündnis auch „Schleswig-Holstein-Ampel“ nennt, zum Ministerpräsidenten. Die CDU glaubt, vor dieser „Dänenampel“ warnen zu müssen.

„Stabile Regierung statt Dänenampel“ hieß es auf zahlreichen Plakatwänden der CDU in der Schlussphase des Wahlkampfes, als sie in Umfragen absackte: „Der SSW erklärt sich bereit, zum Steigbügelhalter einer wackligen Dreier-Koalition zu werden“, so die CDU in einem zentralen Flugblatt: „Das wäre eine Katastrophe für Schleswig-Holstein und teuer für unser Land.“ Es war kein Zufall, dass die CDU im Wahlkampfendspurt die nationale Karte gegen den SSW zog, als es eng wurde. Das ging bis hin zu der alarmistischen Behauptung: „.... tritt der SSW erneut an, unsere Gemeindestruktur zu zerstören“. Oh Graus, die Dänen wollen unsere Heimat zerstö-

ren, mag da manch schlaches konservatives Gemüt denken.

Dabei geht es dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW) schlicht um die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen. Der SSW ist in

den kleinen, grenznahen Gemeinden im Norden kommunalpolitisch sehr engagiert. Kleine Gemeinden werden hauptsächlich von nichtgewähltem Amtspersonal verwaltet. Der Verband möchte kleine Kommunen zu Gemein-



Demonstration gegen Geldkürzungen für dänische Schulen am 21. April in Flensburg mit zehntausend Teilnehmern.

den mit einer Mindestgröße von 8 000 Einwohnern zusammenfassen. Das würde den gewählten Gemeindevertretern nach Ansicht des SSW endlich ein ausreichendes Budget verschaffen, „um tatsächlich wichtige Entscheidungen für die Menschen vor Ort treffen zu können“.

Dass die CDU von einer „Zwangszusammenlegung“ sowie der Zerstörung der Gemeindestrukturen sprach und auf nationale Stimmungsmache gegen den SSW setzte, war kein Zufall. Auf Vorschlag der britischen Besatzungsmacht wurde der SSW 1947 gegründet, nachdem zuvor bei Wahlen KandidatInnen der Minderheitenorganisation Slesvigske Forening im nördlichen Landesteil Schleswig 33 % der Stimmen erhalten hatten. Hier ist der Bevölkerungsanteil, der sich als dänisch oder friesisch versteht, traditionell hoch. Bis zum Krieg 1864 gehörte Schleswig-Holstein zu Dänemark. Altona, das 1937 von den Nazis im Rahmen ihrer Großhamburgpläne eingemeindet wurde, war bis 1864 die zweitgrößte dänische Stadt. Dort gibt es seit Jahrzehnten die von Autonomen initiierte antideutsche Kampagne „Altona muss zurück an Dänemark“ – Altona skal være dansk.

Das siegreiche Preußen betrieb eine Germanisierungspolitik, von der bis heute zahlreiche Kriegerdenkmäler künden. Das deutsche Schleswig-Holstein konstituiert sich in der Abgrenzung zu Dänemark, zum Dänischen. Die Farben des Landesswappens etwa gehen auf den deutsch-dänischen Streit um 1840 zurück und wurden damals das erste Mal benutzt. Der Dannebrog, die rot-weiß-rote dänische Flagge durfte dagegen nicht gehisst werden. Bauern und Bäuerinnen, die sich zu Dänemark bekennen wollten, fanden eine Lösung: Sie züchteten rot-weiße „Husumer Protestschweine“. Die liefen als lebendige Danebros auf Bauernhöfen herum. Dänemark trat nach den verlorenen Kriegen und den Gebietsabtretungen an Preußen bzw. Deutschland als Schutzmacht der dänischen Minderheit auf. 1920, Deutschland war durch den verlorenen Ersten Weltkrieg geschwächt, fand eine Volksabstimmung statt, nach der Nordschleswig wieder zu Dänemark gehörte. Zuletzt wurde 1955 ein Abkommen geschlossen, in dem sich Dänemark und Deutschland zum Schutz der Minderheiten beiderseits der Grenze verpflichteten. Seitdem sind Parteien der dänischen Minderheit von der Fünfprozentklausel befreit und erhalten auch bei einem niedrigeren Stimmenanteil eine entsprechende Anzahl an Mandaten.

Diese Regelung ist von der im hohen Norden besonders deutschnationalen Union seit Jahrzehnten immer dann angezweifelt worden, wenn die Stim-

men des SSW im Landtag eine entscheidende Rolle hatten. So etwa 1987, als die Wahl von Uwe Barschel zum Ministerpräsidenten an der Stimme des SSW scheiterte: Ihr Abgeordneter Karl-Otto Meyer stimmte gegen Barschel. Die Folgen waren Neuwahlen, welche die CDU verlor. Franz-Josef Strauß tobte damals in Bayern: „Man darf doch ein Bundesland nicht von einem Dänen regieren lassen!“ Karl-Otto Meyer war noch mehr deutschen Politikern verdächtig. War er doch im Widerstand in Dänemark gegen die deutsche Besatzung aktiv: „Deutsche Politiker haben mich auch gefragt, du hast doch nicht etwa auf deutsche Soldaten geschossen“, so Meyer in einem Interview in der Zeitschrift Geigenwind 1998: „Ich sage, dass ich auf keinen Menschen schießen will, ob er Deutscher, Franzose oder Pole ist. Aber wenn ich schießen würde, dann würde ich schießen für die Demokratie und nicht für die Diktatur.“

Die Rolle der Scharfmacher übernimmt derzeit die Junge Union. Deren Landesvorsitzender Frederik Heinz warnte im Wahlkampf nicht nur von einem „instabilen Dreierbündnis mit dem SSW“. Der SSW muss für ihn äußerst suspekt sein, hörte er doch sogar Stimmen: „Eine Koalition mit derart vielen Stimmen und inhaltlichen Gegensätzen“ wäre eine „linke Chaos-Koalition“.

Die Spitzenkandidatin des SSW, Anke Spoerrendonk erklärte: „Die CDU sieht ihre Felle davon schwimmen, deshalb verliert sie jetzt ihre Contenance und schreckt nicht davor zurück, Vorurteile zu kolportieren.“ Der bisherige Höhepunkt antidänischer Stimmungsmache hatte sich nach den Wahlen 2005 ebenfalls die Unterstützung einer rot-grünen Regierungsbildung zum Anlass genommen. Damals wollte der SSW eine rotgrüne Minderheitsregierung tolerieren. Abgeordnete des SSW erhielten Drohbriefe, Anke Spoerrendonk und ihre Familie wurden unter Polizeischutz gestellt. Die Junge Union im Rheinland rief dazu auf, Pakete voller Müll an den SSW zu schicken. Bei der Abstimmung scheiterte die rotgrüne Minderheitsregierung von Heide Simonis, seitdem gab es keine so massive Kampagne gegen den SSW mehr.

Seither haben CDU und FDP den SSW mit ihrer Politik geradezu gedrängt, Rot-Grün zu unterstützen. Der Verband vertritt keine explizit linke Programmatik. Er orientiert sich in der Sozialpolitik am alten skandinavischen Wohlfahrtsstaat, damit ist er mit der gegen die sozialen Einrichtungen gerichteten Sparpolitik der vorherigen CDU/FDP-Regierung regelmäßig aneinander geraten, trotz der industriefreundlichen Wirtschaftsprogrammatik. Der Spitzenkandidat der CDU „Jost de Jager weiß auch genau, dass

die Koalitionsaussage des SSW vor dieser Landtagswahl von der CDU selbst verschuldet wurde“, so Anke Spoerrendonk: „Der SSW kann nicht mit einer Partei vertrauensvoll zusammen arbeiten, die es vollkommen in Ordnung findet, die Kinder an den dänischen Schulen zu diskriminieren. Es ist nur eine Frage der politischen Redlichkeit, dieses schon vor der Wahl klar zu sagen.“

Keine Maßnahme hat die dänische Minderheit so gegen die alte Landesregierung aufgebracht wie die Kürzung der Zuschüsse für die dänischen Schulen im Land: Die erhielten seit 2010 nur noch 85 % der Zuwendungen wie vergleichbare deutsche Schulen. Dagegen gab es zuletzt am 21. April in Flensburg eine große Demonstration mit 10 000 Teilnehmenden. Alle dänischen Schulen und Kindergärten waren vertreten. Mit Sicherheit wird diese weithin als diskriminierend kritisierte Kürzung zurückgenommen werden – wie es im Koalitionsvertrag der Schleswig-Holstein-Ampel fest vereinbart wurde. Dafür sieht sich der SSW bei seiner Wählerschaft im Wort, wie Funktionäre des SSW, allen voran Anke Spoerrendonk, die selbst früher Lehrerin an der Duborg-Skolen in Flensburg war, bereits am Tag nach der Wahl in der dänischsprachigen Tageszeitung „Flensborg Avis“ versicherten.

Deren Autor Bjarne Lønborg kritisierte in einem Leitartikel die Propaganda der Union gegen die vermeintliche Unzuverlässigkeit des SSW. Die CDU stellt sie jedoch keineswegs ein. Die Junge Union erklärte eine Woche nach der Wahl, eine „Dänenampel ist nicht verfassungsgemäß“, da der SSW zu Unrecht von der Fünfprozentklausel befreit sei: „Anstatt sich auf die Siedlungsgebiete der dänischen Minderheit zu beschränken, hat der SSW bei der vergangenen Landtagswahl Kandidaten in Wahlkreisen aufgestellt, die keinerlei Verbindung zur Minderheit aufwiesen“, so Frederik Heinz für die Junge Union: „Für die Junge Union ist der SSW eine gewöhnliche linke Programmpartei!“ Dabei erklärte Heinz ganz konsequent Minderheitenschutz im Wahlrecht insgesamt für passé: „Unabhängig vom Status des SSW als Minderheitenpartei ist die Befreiung anderer möglichen Parteien der dänischen Minderheit von der Fünf-Prozent-Hürde im Landeswahlgesetz für uns nicht mehr zeitgemäß.“

Bereits in der ersten Stellungnahme nach der Wahl von Torsten Albig meinte der JU-Vorsitzende Frederik Heinz nach einer knappen Gratulation erneut vor einem drohenden Schuldenchaos warnen zu müssen: „Die Dänenampel von Torsten Albig geht bei der Finanzplanung dagegen davon aus, dass die derzeitige gute konjunkturelle Lage anhält und schaltet bei der Sanierung

der Staatsfinanzen einen Gang runter. Dabei haben SPD, Grüne und SSW schon jetzt die Weichen für ein Ende der positiven Entwicklung gestellt.“ So wie sich der Chef der JU in diesem Sprachdurcheinander nicht auf Metaphern zu einem Verkehrsmittel beschränken mag, muss die Aufregung wohl groß sein.

Bezeichnend auch das Verständnis einer Minderheitenpartei seitens der CDU: „Statt die Themen der dänischen Minderheit zu vertreten, schlägt sich der SSW jetzt parteipolitisch auf die Seite von Rot-Grün“, hieß es in einer Erklärung des Landesverbandes: „Wir werden deutlich machen, dass der SSW im Kern eine linke Partei, deren Ausgabewünsche noch über die Forderungen der SPD hinaus gehen.“ Anerkennenswerte Minderheitenvertretung scheint für die Union so etwas wie folkloristische Brauchtumspflege zu sein. So wettert die CDU auch dagegen, dass der SSW im ganzen Bundesland kandidiert, nicht nur im Norden, wo die dänische Minderheit sesshaft sei. Dass der SSW genauso wie die

dänischen Schulen und alle Einrichtungen der Minderheit sich nicht als Abstammungsgemeinschaft, sondern als Gemeinschaft versteht, zu der sich bekennen kann, wer möchte, erscheint der Union offensichtlich suspekt.

Dabei ist es ganz einfach: alle Eltern dürfen etwa ihre Kinder auf eine dänische Schule oder in einen dänischen Kindergarten schicken – einzige Bedingung ist die Bereitschaft, Dänisch zu lernen. Da die dänischen Schulen die einzigen Gesamtschulen im Land sind, ist dies auch für deutschsprechende fortschrittliche Eltern interessant. Und der SSW wird für seine Politik gewählt, nicht als Klientelpartei. So setzt sich der SSW auch für die friesischsprachige Minderheit in Nordfriesland ein, aus der auch etliche Mitglieder und MandatsträgerInnen des SSW kommen, und für die Roma und Sinti im Land. Und so gibt es auch schon länger Linke, die sich nicht als dänisch verstehen, aber den SSW wählen – wie etwa Mitglieder des Kommunistischen Bundes im Landesteil Schleswig in den 70er Jahren.

Gaston Kische

Klasse die Grundschule. Mädchen sind besonders stark beteiligt. Mitte April 2012 hat auch die „International Labour Organization“ (ILO), die Weltarbeitsorganisation, sich erstmalig mit der Lage der Kinder und Jugendlichen in Papua Neuguinea befasst und einen Bericht über die dort herrschende Kinderarbeit und Kinderprostitution veröffentlicht (... „on commercial sexual exploitation of children and children working on the streets“).

Befragt wurden 200 Kinder und 175 minderjährige, meist weibliche Prostituierte. Die jungen Menschen müssen u.a. gefährliche Arbeiten auf der Straße verrichten, wie etwa Container mit Kisten beladen, Holz mit der Axt spalten und Schrott sammeln. Von den befragten Straßenkindern sind zudem viele in illegale Geschäfte wie Drogenhandel und Diebstahl verwickelt. Die Kinder, die sich auf den Straßen prostituierten, waren zum Teil erst zwölf Jahre alt. Sie werden auch zum alkoholischen „Warmtrinken“ mit den Kunden verpflichtet. Alle Kinder und Jugendlichen gaben an, noch zu Hause bei ihren Eltern zu wohnen. Das auf den Straßen verdiente Geld dient in der Regel ganzen Familienverbänden als Unterhalt. Viele der befragten Kinder stammen aus zerrütteten Familienverhältnissen mit einem oder gar keinem Elternteil mehr. Auch der Druck durch Freunde und die Aussicht auf schnelles Geld sind ein Motiv für die Kinder, auf der Straße zu arbeiten.

Die ILO kommt zu dem Ergebnis, dass Armut der Hauptgrund für Kinderarbeit und Prostitution ist. Der Bericht weist auch auf den Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und der mangelhaften Bildung hin. Über 47 % der Befragten hatten noch nie eine Schule besucht. In der Öffentlichkeit des Landes spricht niemand gerne über Kinderprostitution und Kinderarbeit. Aber gerade deshalb hat die ILO

sich gemeinsam mit Partnern in Papua Neuguinea dieses Themas angenommen. David Lamotte, ILO-Beauftragter für die pazifischen Inselstaaten, erklärte, der Bericht liefe wertvolle Informationen über ein Problem, das in keiner modernen Gesellschaft akzeptabel sei. Deshalb hat sich die ILO als Einrichtung der Vereinten Nationen zusammen mit dem nationalen Ministerium für Arbeit und Industrie verpflichtet, Kinderarbeit und Kinderprostitution auch in Papua Neuguinea zu beseitigen.

Karl-Helmut Lechner

Papua Neuguinea:

Kinderarbeit und Prostitution

Papua-Neuguinea (PNG) ist mit einer Fläche von rund 460 000 qkm das größte und zugleich kulturell vielfältigste Land im Pazifik. Im Jahr 2007 wurde die Einwohnerzahl auf 6,25 Millionen geschätzt, davon lebten 2002 fast 85 % in ländlichen Gebieten. Sie betreiben Subsistenzwirtschaft und haben über die sogenannte „Cash-crop-Produktion“ die Möglichkeit, einige Agrarprodukte wie Kaffee, Palmöl, Kakao, Kopra und Tee zu verkaufen. Der Anteil der städtischen Bevölkerung wächst aber in jedem Jahrzehnt um mehr als das Doppelte.

Politiker von Papua Neuguinea haben ihr Land einmal als „rohstoffreiches Land mit armen Menschen“ beschrieben. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahre 1975 sehr ungünstig. Grund ist die geographische Isolation, das mangelnde Interesse der Weltmächte, mit diesem Land politische und wirtschaftliche Beziehung zu pflegen, aber besonders die Korruption und Misswirtschaft im eigenen Land. Eigenes gut

ausgebildetes Personal fehlt. In Folge davon sind die Bildungseinrichtungen schlecht, und es gibt kaum eine funktionierende medizinische Grundversorgung.

76 % der Gesamtbevölkerung sind unter 34 Jahre alt. Die Regierungsseite empfiehlt der Jugend von Papua immer wieder, dass Bildung der Weg in eine gute Zukunft sei. Aber wirkliche Jobs gibt es kaum. Durch eine eigene Untersuchung wurde festgestellt: Eine wachsende Anzahl von Kindern geht überhaupt nicht zur Schule, 92 % der Schüler verlassen nach der dritten



Quelle: ILO News 19.04.12, www.ilo.org/ipecinfo/product/viewProduct.do?productId=19136

Gewerkschaftsführer von KESK festgenommen

Lami Özgen, Vorsitzender der Konföderation der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst (KESK), wurde heute mit einer Reihe von anderen Gewerkschaftsführern in Ankara festgenommen. Zu den Festgenommenen gehören u.a. führende Funktionäre der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen sowie der Gewerkschaften der Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen (Tüm-Bel-Sen), im Telekommunikations- (Haber-Sen) und im Gesundheitssektor (SES). Die Festnahmen erfolgten im Rahmen der so genannten Operationen gegen die KCK (Konföderation der Völker Kurdistans), die in der Hauptstadt



Lami Özgen, Vorsitzender der Gewerkschaftskonföderation öffentliche Dienste

Ankara und in acht weiteren Städten durchgeführt wurden. Nach Angaben der Polizeibehörden wurden bei der Razzia 71 Personen festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Ankara, die die Durchsuchung der KESK-Zentrale in Ankara sowie zahlreicher Verwaltungsstellen von Mitgliedsgewerkschaften anordnete, begründete die Ermittlungen damit, dass die Festgenommenen in gewerkschaftsinternen Arbeitsgruppen aktiv seien, die der PKK bzw. KCK nahe stünden.

Die KCK-Operationen begannen am 19. April 2009 und wurden bis heute in mehreren Schüben fortgesetzt. Die türkischen Sicherheits- und Justizbehörden werfen der KCK vor, ein Ableger der PKK zu sein. Somit wird den rund 6 500 Personen, die bei den bisherigen KCK-Operationen verhaftet wurden, vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen. Zu den Verhafteten gehören Kommunalpolitiker, Funktionäre der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), Journalisten, Künstler, Intellektuelle, Wissenschaftler. Im vergangenen Februar waren 9 Frauen und Anfang Juni 14 weitere Personen verhaftet worden, die bei KESK oder deren Mitglieds-

gewerkschaften Führungspositionen inne hatten. Die jüngste Operation richtete sich gegen führende Gewerkschaftsfunktionäre. Der prominenteste unter ihnen ist der KESK-Vorsitzende Özgen. Der Generalsekretär von Tüm Bel-Sen, Izzettin Alpergin und sein Vorstandskollege Yilmaz Yildirimci, SES-Generalsekretär Siddik Akin, das für Frauenfragen zuständige Vorstandsmitglied von Egitim Sen, Sakine Eryilmaz, gehören genauso zu den Festgenommenen wie Funktionäre der Verwaltungsstellen mehrerer Gewerkschaften in kurdischen Städten.

Ismail Hakkı Tombul, der Generalsekretär von KESK, nannte die jüngsten Festnahmen den Versuch, die konsequente Haltung von KESK in Fragen der Gewerkschaftsbewegung zu bestrafen. Die AKP-Regierung wolle mit Hilfe von Justiz und Polizei insbesondere den kompromisslosen Kampf von KESK gegen Reformen und Privatisierungen im Bildungs- und Gesundheitswesen verhindern. „Die KESK ist heute ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratiebewegung in der Türkei. Sie hat sich konsequent gegen die jüngste Bildungs- und Gesundheitsreform eingesetzt. Auch bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst Ende Mai hat sie bis zum bitteren Ende die Rechte der Angestellten und Beamten verteidigt und die Massendemonstrationen am 23. Mai 2012 organisiert. Dies ist alles ein Dorn im Auge der Regierung“, so Tombul, der Protestaktionen ankündigte.

Der Gewerkschaftsdachverband DISK und die Vereinigung der Ingenieur-Architektenkammern (TMMOB) erklärten sich solidarisch mit KESK, die in der Türkei als ein linker Gewerkschaftsdachverband gilt. Sie ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst, die Anfang der 1990er Jahre gegründet worden waren, obwohl die Rechtslage im Land die Gründung von Beamtengewerkschaften verhinderte. Die trotz der Verbote gegründeten Gewerkschaften schlossen sich 1996 unter dem Dach von KESK zusammen und wurden lange Zeit verfolgt. Rund 110 000 KESK-Mitglieder wurden bis zur Anerkennung ihrer Gewerkschaft vor wenigen Jahren vor Gericht gestellt oder verloren ihren Arbeitsplatz. Die KESK-Mitglieder führen auch heute einen Kampf um die Zuerkennung voller Gewerkschaftsrechte, weil das türkische Gewerkschaftsrecht bei den Angestellten und Beamten kein Recht auf Streiks und Arbeitskämpfe vorsieht.

Quelle: <http://tuerkeiaktuell.wordpress.com, 25. Juni 2012>

Türkei: Verbesserungen für Ikea-Beschäftigte

Nach langen Verhandlungen konnte die türkische Gewerkschaft Koop-Is ein Abkommen mit Ikea Türkei durchsetzen. Darin verpflichtet sich das türkische Management des schwedischen Möbelhändlers, einen „konstruktiven sozialen Dialog mit der Gewerkschaft“ zu führen. Außerdem will das Management lokale Gesetze ebenso einhalten wie internationale anerkannte Arbeitsnormen und die Ikea-Werte. Treten Beschäftigte einer Gewerkschaft bei, sollen sie dafür nicht mehr bestraft werden dürfen. Anfang März hatte die Ikea-Allianz der Gewerkschaftsinternationalen UNI in Istanbul getagt. Damals waren die Schwierigkeiten der türkischen Ikea-Beschäftigten und -Interessenvertreter/innen Gegenstand der Gespräche.

Quelle: Verdi News, 2.6.2012

Repression gegen iranische Aktivisten

Am 15. Juni wurden 60 Gewerkschafter und Arbeitnehmeraktivisten von schwer bewaffneten Polizisten bei einem Treffen zur Unterstützung der Form-Arbeitnehmerverbände in der Stadt Karaj festgenommen. Die meisten wurden innerhalb von 24 Stunden freigelassen, aber neun blieben in Haft unter Aufsicht der Geheimdienste. Unter den festgenommenen und später freigelassenen waren Mahmoud Salehi, Gründer einer unabhängigen Bäcker-Union in der iranischen Provinz Kurdistan, der mehrere Haftstrafen verbüßt hat. Es gibt gute Gründe, Angst um die körperliche und psychische Integrität der noch in Haft befindlichen zu haben. Diese neuen Verhaftungen folgen der jüngsten Verurteilung zu sechs Jahren Gefängnis des Teheran-Transportarbeiterunion-Aktivisten Reza Shahabi und des Aktivisten der Lehrergewerkschaft, Rasoul Bodaghi. Diese brauchen internationale Solidarität und Unterstützung. Unter http://www.justiceforiranianworkers.org/?page_id=1503 können Solidaritätsunterschriften hinterlegt und ihre Freilassung gefordert werden.

Quelle: www.iuf.org, 23.6.2012

Pakistan: Festanstellung für Vertragsarbeiter bei Nestlé

Mit der Vereinbarung, die in der Nestlé Milchfabrik in Kabirwala die Umwandlung hunderter Vertragsarbeitsplätze in Festanstellungen vorsieht, ist es gelungen, einen langen und schwierigen Konflikt beizulegen. Hunderte Arbeiter, die jahrelang prekär beschäftigt waren, werden zum ersten Mal in den Genuss eines sicheren Arbeitsplatzes gelangen und künftig in der Lage sein, ihre Gewerkschaftsrechte auszuüben.

„Uns haben sie immer gesagt, dass wir nicht für Nestlé arbeiten“, erzählt Ashfaq Butt, der Vorsitzende des Aktionskomitees der Nestlé-Beschäftigten, der sieben Jahre als Vertragsarbeiter beschäftigt war. „Aber dank dieser Vereinbarung gelten wir von nun an als Nestlé-Beschäftigte und können als Festangestellte in die Fabrik gehen.“ Sakhawat, der zehn Jahre als Vertragsarbeiter beschäftigt war, sagte: „Als wir zum ersten Mal unsere Forderung nach einer Festanstellung stellten, sagten alle, wir seien naiv und verlangten das Unmögliche. Doch dann haben uns der nationale Verband der Lebensmittel-, Getränke- und Tabakarbeitergewerkschaften (NFFBTW) und die IUL unterstützt und heute ist uns das Unmögliche gelungen.“

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 8.6.2012

Adidas will keine Abfindungen zahlen

18% Gewinnzuwachs 2011 – mit dieser Botschaft erfreute Adidas die Aktionärshauptversammlung am 10. Mai 2012. Außerdem hat das Unternehmen als einer der Hauptsponsoren für die Olympischen Spiele 2012 in London über 143 Millionen Euro an den britischen Veranstalter vergeben. Geht es aber um Arbeitsrechte, ist das Unternehmen weniger spendabel. Adidas weigert sich vehement, Beschäftigten in Indonesien die ihnen gesetzlich zustehende Abfindung nach einer illegalen Werksschließung in Höhe von 1,8 Millionen US-Dollar zu zahlen. Die Kampagne für Saubere Kleidung startet deshalb eine Eilaktion und will Adidas dazu bringen, seiner Verantwortung nachzukommen. Adidas hat bis November 2010 in dem indonesischen Zulieferbetrieb PT Kizone produzieren lassen. Im Januar 2011 floh der koreanische Eigentümer aus Indonesien, wodurch im April 2 800 Beschäftigte arbeitslos wurden. Die ihnen nach indonesischem Recht und internationalen Arbeitsstandards zustehenden Abfindungszahlungen, die auch nach dem Adidas-Verhaltenskodex erforderlich wären, haben sie allerdings bis heute nicht erhalten. Insgesamt stehen den Beschäftigten 3,4 Millionen US-Dollar (plus Zinsen) zu. Andere Unternehmen, die ebenfalls Abnehmer des Zulieferbetriebs PT Kizone waren, haben 1,6 Millionen US-Dollar Abfindungszahlungen geleistet. Adidas weigert sich bislang, die Restsumme von 1,8 Millionen US-Dollar zu zahlen.

<http://www.inkota.de>

DHL: Systematische Arbeitsrechtsverletzungen

Auf eine beschämende Gewerkschaftsfeindlichkeit außerhalb Europas und einen übermäßigen Einsatz von Zeit- und Leiharbeitskräften haben die Ge-

werkschaftsinternationale UNI Global Union und die Internationale Transportarbeiterföderation (ITF) bei der Hauptversammlung der Deutschen Post DHL aufmerksam gemacht. Beide Organisationen gehört Verdi an. Dort haben sie das Weißbuch mit dem Titel „Unternehmerische Verantwortungslosigkeit: Globale Arbeitspraktiken bei der Deutschen Post DHL“ vorgestellt. In Malaysia, Indonesien und Indien werden Leiharbeitskräfte wesentlich schlechter bezahlt als regulär Beschäftigte, obwohl sie genau die gleiche Arbeit erledigen. In Kolumbien, Costa Rica und Südafrika zwingt das Unternehmen Arbeitskräfte, sich Lügendetektortests zu unterziehen. Der Konzern wurde zudem aufgrund von Verletzungen von Arbeitsschutzregeln vielerorts mit erheblichen Geldstrafen belegt. Allein in den USA musste die DP-DHL-Tochter Exel in diesem Jahr knapp 240 000 Euro Strafe bezahlen. Diese Verletzungen von Arbeitsrechten stehen in Widerspruch zu der Konzernpolitik auf dem Gebiet der Unternehmensverantwortung und seinem Engagement für die Prinzipien des 2006 unterzeichneten UN-Global-Compact.

Quelle: www.respectatdhl.org, Verdi news, 2.6.2012

Bermuda: Stoppt die Zerschlagung der Gewerkschaft bei KFC

Die Bermuda-Industrial Union (BIU) fordert internationale Unterstützung in ihrem Kampf zur Abwehr der Zerschlagung der Gewerkschaft bei der Fast-Food-Kette Kentucky Fried Chicken (KFC), in der die Gewerkschaft seit 40 Jahren die Arbeiter vertritt. Im vergangenen Herbst, als Verhandlungen festgefahren waren, weil die Gewerkschaft sich weigerte, verschlechterte Bedingungen zu akzeptieren, kündigte KFC an, den Tarifvertrag aufzuheben. Im Mai dieses Jahres verwies die Regierung den Fall an das Schiedsgericht. Während das Schiedsverfahren anhängig war, teilte KFC Bermuda (KFCB) am 18. Mai allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit, dass sie fortan die Geschäftstätigkeit unter einem neuen Namen (Kentucky Fried Chicken Operations, KFCO) führen werde und forderte die Beschäftigten zur Unterzeichnung eines Erklärung auf, in der sie auf das Recht auf Tarifverhandlungen verzichten sollten. Durch den Brief wurden alle Beschäftigten informiert, dass für den Fall, dass „sie nicht unterschreiben, bei KFCO vom 31. Mai 2012 an mit Bedauern davon ausgegangen wird, dass die Beschäftigten nicht mehr bei KFC bzw. KFCO arbeiten wollen“. Die KFC wurde noch aggressiver, als die Regierung und der Wirtschaftsminister bekannt gaben, dass die Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen KFC

notwendig sei, um gegen die Behinderung von Aktionen, zum Schutz der Integrität des Schiedsgerichtsverfahrens sowie der einseitigen Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Arbeitsverträge vorzugehen. Die arrogante Reaktion des Unternehmens lautete, es könne die Anfrage des Ministers auf Unterlassen der Umsetzung von Arbeitsverträgen „nicht



behandeln“. Am 1. Juni rief die BIU zur Mitgliederversammlung und einem öffentlichen Marsch gegen KFC auf. Der BIU Präsident Chris Furbert sagte: „Der BIU hielte sich an das Gesetz in gutem Glauben auf ein Schiedsverfahren und hob ihren Boykott auf Wunsch des Ministers für Wirtschaft Handel und Industrie auf. Inzwischen sind die Arbeitsplätze und Verträge der Beschäftigten durch KFC täglich neuen Angriffen ausgesetzt.“

Quelle: <http://cms.iuf.org>

Alabama (USA): „Organising“-Sieg bei Geflügelbetrieb

Am 7. und 8. Juni stimmten 1 200 Geflügelarbeiter/innen bei Pilgrim's Pride in Russellville im US-Staat Alabama mit überwältigender Mehrheit für einen Beitritt zur Retail Wholesale and Department Store Union (Gewerkschaft Einzelhandel, Großhandel und Warenhäuser, RWDSU). Dieser wichtige Organising-Sieg wurde trotz großer Anstrengungen des Unternehmens errungen, die Unterstützung der Beschäftigten für eine gewerkschaftliche Vertretung zu unterlaufen. Dazu gehörten Boykottdrohungen gegen örtliche Betriebe, die den RWDSU-Organisern Versammlungsräume zur Verfügung stellten. Für die Beschäftigten ging es in erster Linie um das Fehlen von Beschwerde mechanismen und Mitspracherechte. Aufgrund der gewerkschaftlichen Vertretung werden sie nun in der Lage sein, ihre Arbeitsplätze und ihr Leben zum Besseren zu verändern. Pilgrim's Pride ist die US-Geflügelsparte des brasilianischen Rindfleisch- und Geflügelgiganten JBS und der größte Geflügelproduzent in den Vereinigten Staaten.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 14.6.2012

„Licht an für die Menschenrechte!“

KÖLN. 1.056 Menschen fordern „Licht an für die Menschenrechte!“. So viele digitale Unterschriften konnte die E-Petition an den Deutschen Bundestag für mehr Transparenz beim Steinkohleimport für sich gewinnen. Initiiert wurde diese Aktion von FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk). Der Abbau von Steinkohle geht oft mit Menschenrechtsverletzungen und massiver Umweltzerstörung einher. Besonders betroffen ist beispielsweise Kolumbien, Deutschlands wichtigster Steinkohlezulieferer. Die deutschen Stromkonzerne verweigern aber konkretere Auskünfte darüber, ob und wie sie geprüft haben, dass sich ihre Lieferanten an Umwelt- und Menschenrechtsstandards halten. Deshalb fordert FIAN eine Offenlegung der Lieferwege der deutschen Steinkohleimporte. Das würde für mehr Transparenz sorgen und Licht in die menschenrechtliche Verwicklung der deutschen Energieindustrie sorgen. Mit über 1 000 Stimmen im Rücken wird FIAN nun direkt an Bundestagsabgeordnete und Mitglieder des Petitionsausschusses herantreten, um für menschenrechtliche Mindeststandards in der deutschen Energiepolitik zu werben.

www.fian.de/online

Online-Petition gegen Eröffnung des „Asylknastes“ am BER

BERLIN. Die Eröffnung des neuen Flughafens BER „Willy Brandt“ wurde auf März 2013 verschoben – die Internierungseinrichtung für Flüchtlinge am BER zur Durchführung des sogenannten Flughafen-Asylverfahrens ist jedoch bezugsfertig und soll nach Willen der Landesregierung Brandenburg noch im Juli in Betrieb gehen. Nach Auskunft der Pressestelle des Brandenburger Innenministeriums sollen in der neu richteten Unterkunft die Abläufe für das Flughafenverfahren erprobt und Asylsuchende, die am alten Flughafen Schönefeld ankommen, interniert werden.

Gegen diese Pläne protestieren die Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg scharf. Sie haben eine Online-Petition gestartet, in der sie die Landesregierung auffordern, die Inbetriebnahme der Einrichtung zu verweigern. Darin heißt es: „Im Februar 2012 hat der Brandenburger Landtag mit einem fraktionsübergreifenden Beschluss seine Ablehnung des Flughafen-Asylverfahrens erklärt. Die Landesregierung wurde beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass auf das Flughafen-Asylverfahren am BER verzichtet wird. Durch die verschobene Eröffnung des Flughafens gewinnt die Landesregierung Zeit, diesen wichtigen Auftrag umzusetzen. Eine Inbetriebnahme der

Internierungseinrichtung am BER Monate vor der Eröffnung des neuen Flughafens stünde jedoch im eklatanten Widerspruch dazu. Mit der vorzeitigen Inbetriebnahme der Einrichtung würde die Landesregierung Brandenburg Fakten schaffen, die der rigiden Asylpolitik der Bundesregierung in die Hände spielen.“ Im Juli planen verschiedene antirassistische Organisationen weitere Protestaktionen gegen die Inbetriebnahme der Internierungseinrichtung und das Flughafenverfahren. Außerdem rufen die Flüchtlingsräte dazu auf, am Tag X nach Inbetriebnahme den „Asylknast“ vor Ort in Augenschein zu nehmen und lautstark dessen Schließung zu fordern. Am 21.7.2012 endet die Zeichnungsfrist der Online-Petition, dann werden die gesammelten Unterschriften an Ministerpräsident Platzeck übergeben.

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Protestaktion gegen Rüstungsexporte

BERLIN. Ein mit einem Bundeswehrtarnnetz getarnter Mercedes auf dem Potsdamer Platz in Berlin und eine Drahtpuppe, die einen durch Waffengewalt Verwundeten in einem Rollstuhl darstellte, lenkten den Blick der Passanten auf eine Protestaktion von Berliner Friedensgruppen. Vertreter der IPPNW und pax christi demonstrierten am 21.6.2012 gegen die deutsche Praxis der Rüstungsexporte und die Beteiligung deutscher Firmen am Geschäft mit dem Tod. Über die Fahrzeugproduktion für die Sparte „Mercedes Military“ liefert zum Beispiel die Daimler-AG in menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten. Die Folgen der Rüstungsexporte sind für die Menschen in den Empfängerländern verheerend: Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewaltsam. Unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder erleiden schwere Traumata. Was das bedeutet, erläuterte der angolanische Journalist und Menschenrechtsaktivist Emanuel Matondo Interessierten bei der Protestaktion auf dem Potsdamer Platz und bei der anschließenden Vortragsveranstaltung im Haus der Demokratie.

www.ippnw.de

Städte und Gemeinde für eine atomwaffenfreie Welt

HANNOVER. Am 8. Juli 2012 wollen die „Bürgermeister für den Frieden“ in Deutschland für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen sichtbar Flagge zeigen! Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in einem Rechtsgutachten im Auftrag der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkürzt festgestellt, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrig



**Bürgermeister
für den Frieden**

sind. Der Einsatz von Atomwaffen trifft immer Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden. Er nimmt keine Rücksicht auf Grenzen oder Nationen. Unter dem Motto „Städte sind keine Zielscheiben“ (Cities Are Not a Target) treten die Bürgermeister für den Frieden unter der Führung des Bürgermeisters von Hiroshima, Kazumi Matsui, für die Abschaffung der Atomwaffen und für den Abschluss eines internationalen Verbotsvertrages ein. Auch hierin werden die Bürgermeister von dem Internationalen Gerichtshof unterstützt, der fordert, Verhandlungen über die vollständige Ächtung aufzunehmen und diese zu einer nuklearen Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle zu führen.

www.mayorsforpeace.de

Historikerstreit mündet in Bürgerentscheid über Hindenburgplatz

MÜNSTER. In Münster läuft ein seit Jahren zwischen Politikern, Historikern und Bürgern geführter Streit über die historische Rolle des früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg jetzt auf einen Bürgerentscheid hinaus. Der Rat der Stadt hat am 27.6.2012 eine Rücknahme der im März beschlossenen Umbenennung des Hindenburgplatzes in Schlossplatz abgelehnt. Damit kommt es am 16. September zu einem Bürgerentscheid über den zukünftigen Namen des Platzes. Begründet wurde die Entscheidung für die Umbenennung mit der Rolle Hindenburgs. Dieser habe 1932 ohne Not die letzte demokratische Regierung abgesetzt und Hitler zum Reichskanzler ernannt, weil er diesen gewollt habe. Hindenburg stehe außerdem für Besatzungspolitik und Hegemoniestreben während des Ersten Weltkriegs, habe die „Dolchstoßlegende“ propagiert und nationalsozialistischer Morde gerechtfertigt und legitimiert. Seit 1929/30 habe Hindenburg aktiv an der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Zerstörung hingearbeitet. Eine vom Ältestenrat des Rates eingesetzte Expertenkommission „Straßennamen“ war 2011 zur Einschätzung gelangt, dass der Name Hindenburgplatz aufgrund der Rolle des Reichspräsidenten in der Geschichte nicht mehr zu halten sei. In einer Bürgerbefragung der Stadt waren 48,3 Prozent der Ansicht, dass es heute kei-

nen Anlass mehr gebe, Hindenburg mit einem Platz zu ehren. Diese Umfrage sah sich allerdings heftiger Kritik ausgesetzt, weil sie gewünschte Antwort vorgegeben habe. Die Bürgerinitiative „Pro Hindenburgplatz“ hatte gegen die Umbenennung des Platzes ein Bürgerbegehen gestartet, das seit Ende März mehr als 15 000 Münsteraner unterschrieben hatten. Viele Münsteraner verbünden mit ihm ein Stück Heimat. Mit der Beibehaltung des alten Namens solle Erinnerungskultur bewahrt werden, statt die Geschichte einfach auszulöschen.

<http://demokratie.mine.nu>

„Stoppt die Vorbereitungen für die Flutung der Asse!“

BERLIN. Mit mehr als 25 000 Unterschriften hat der Asse II-Koordinationskreis am 28.6.2012 in Berlin seine Forderung unterstrichen, den Atommüll im Bergwerk Asse II (Kreis Wolfenbüttel) keinesfalls zu fluten. Damit hat er auch die Bundesregierung an ihr Versprechen von 2009 erinnert, das marode Salzbergwerk, in das nie Atommüll hätte eingelagert werden dürfen, zügig zu räumen. „Dem Versprechen der Bundesregierung, den Atommüll zurück zu holen, müssen endlich Taten folgen“, fordert Andreas Riekeberg vom Asse II-Koordinationskreis und führt weiter aus: „der Bundesumweltminister sollte dem Betreiber endlich Vorgaben machen, bis wann die Rückholung des Atommülls abgeschlossen sein soll und ihm die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.“ Peter Dickel vom Asse II-Koordinationskreis ergänzt: „Warum sollte die Rückholung nicht in 8 bis 12 Jahren vollbracht sein können?“

In nur 20 Tagen hatten die im Asse II-Koordinationskreis zusammen geschlossenen Bürgerinitiativen und Organisationen die Unterschriften gesammelt, die sie an Bundesumweltminister Altmeier überreicht haben. In einem Umzug mit Berliner Atomkraft-GegnerInnen vom Pariser Platz zum Umweltministerium rollten sie 30 symbolische Atommüll-Fässer durch die Hauptstadt.



Im anschließenden Gespräch mit Bundesumweltminister Peter Altmaier forderten die Vertreterinnen und Vertreter des Asse II-Koordinationskreises den Umweltminister auf, die Flutung der Asse auch nicht als Notfallkonzept zu akzeptieren. Außerdem sollte er die immer noch bestehenden Vorbehalte seines Ministeriums gegen die Räumung der Asse zurückziehen. Die Rückholung des Atommülls und des chemotoxischen Mülls aus dem Schacht Asse II sei professionell auf ein vorgegebenes Zeitziel hin zu organisieren.

<http://asse2alarm.de>

G 20 in Mexiko: WEED sieht eher bedeutungslose Veranstaltung

BERLIN. In seiner Pressemeldung kritisiert die Nichtregierungsorganisation WEED insbesondere den Stillstand bei Finanzmarktreformen. Am Alternativgipfel wurde die Abschlusserklärung beschlossen. „Der Gipfel in Mexiko wird in der Geschichte der G 20 als eher bedeutungslose Veranstaltung eingehen“, erklärte Peter Wahl von WEED zu den Ergebnissen des G 20-Gipfels in Mexiko. Wahl nahm an den Alternativveranstaltungen der Zivilgesellschaft teil und beobachtete den offiziellen Gipfel vor Ort. „Bei den brennenden Fragen der Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise haben sich die ohnehin schon bestehenden Trends bestätigt: die USA und die Schwellenländer verlangen von der EU, und vorneweg von Deutschland, die Euro-Krise in den Griff zu bekommen und dafür Wachstumsimpulse zu setzen. Merkel konnte dafür einige Formulierungen zu Stabilität und Fiskaldisziplin in der Abschlusserklärung platzieren“, sagte der WEED-Vorsteher. „So kann jeder die Ergebnisse für sich als Erfolg interpretieren, ohne dem anderen öffentlich widersprechen zu müssen.“ Ein nennenswerter Mehrwert des Treffens in Mexiko sei aber nicht zu erkennen. „Bei den Finanzmarktreformen, die bei den Gipfeln in London und Pittsburgh angekündigt wurden, herrscht so gut wie Stillstand“, kritisierte Peter Wahl. Es zeige sich immer wieder, dass die Heterogenität nationalstaatlicher und geopolitischer Interessen und die Orientierung der Regierungen am Standortwettbewerb nur einen seichten gemeinsamen Nenner ermöglichen. „Dem Ausmaß und der Komplexität der Krise kommt man auf diese Weise nicht bei“, so Wahl, „im Gegenteil, wenn man einer so radikalen Krise nicht entsprechende Regulierungen entgegengesetzt, verschlimmert das Krisenmanagement die Lage.“ Zum Abschluss des Alternativgipfels in der Provinzhauptstadt von Baja California Sur, La Paz,

und geprägt durch die Orientierung der Regierungen am Standortwettbewerb nur einen seichten gemeinsamen Nenner ermöglichen. „Dem Ausmaß und der Komplexität der Krise kommt man auf diese Weise nicht bei“, so Wahl, „im Gegenteil, wenn man einer so radikalen Krise nicht entsprechende Regulierungen entgegengesetzt, verschlimmert das Krisenmanagement die Lage.“ Zum Abschluss des Alternativgipfels in der Provinzhauptstadt von Baja California Sur, La Paz,

vereinbarten Vertreter der Zivilgesellschaft aus 30 Ländern, ihre Zusammenarbeit in Hinblick auf den Gipfel 2013 in Russland ab sofort zu intensivieren. „Unsere kritischen Stimmen müssen in Sankt Petersburg noch lauter zu hören sein!“, erklärte der Vertreter einer russischen NGO.

www.weed-online.org

Verfassungsbeschwerde zu ESM und Fiskalvertrag in Karlsruhe eingereicht

BERLIN. Nach der heute (29.6.2012) praktisch im Eilverfahren erfolgten Zustimmung von Bundestag und Bundesrat zu ESM und Fiskalvertrag hat unser Bündnis „Europa braucht mehr Demokratie“ zusammen mit 12 000 Bürgerinnen und Bürgern in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen beide Verträge eingereicht ... Vor der Fahrt nach Karlsruhe machte unser Geschäftsführender Vorstand Roman Huber deutlich: „Wie auch immer Karlsruhe urteilen wird, der nächste Schritt muss sein, dass die Bürgerinnen und Bürger sich um die Zukunft Europas kümmern. Und dazu brauchen wir einen direkt gewählten Konvent, der sich in Ruhe und mit Alternativen sowie guten Ideen die Zukunft Europas überlegt.“ Vertreten wird die Bürgerklage von dem Leipziger Staatsrechtler Christoph Degenhart und Justizministerin a.D. Herta Däubler-Gmelin. Verbunden mit der Beschwerdeschrift ist ein Eilantrag, der die Ratifizierung der Verträge durch die Bundesrepublik vorerst stoppen soll. „Wir klagen gegen die Verträge, weil sie einen Demokratieabbau im doppelten Sinne bedeuten“, erläutert Däubler-Gmelin. „Zum einen werden unwiederbringlich Haushaltsskompetenzen und Souveränitätsrechte des Bundestages nach Brüssel abgegeben. Dadurch wird das Bundestags-Wahlrecht entwertet. Zum anderen läuft die Ratifizierung völlig hektisch und an der Bevölkerung vorbei.“ Das Demokratie-Bündnis kritisiert den knappen Zeitplan für die Ratifizierung der Verträge und fordert Volksentscheide im Falle von weiteren Souveränitätsabgaben an die EU. So hat beispielsweise der Bundesrat auf jegliche Prüffristen verzichtet. „Mit ESM- und Fiskalvertrag ist die in vergangenen Urteilen des Verfassungsgerichts angedeutete rote Linie überschritten“, so Degenhart. „Wenn weitere Kompetenzen an die EU abgetreten werden, wählen wir einen Bundestag, der immer weniger zu sagen hat. Dieser Demokratieverlust kann auf europäischer Ebene bisher nicht ausgeglichen werden, weil dort weder die Parlamentarier noch die Bürger großen Einfluss haben. Eine solch weitreichende Entscheidung kann nur das Volk selbst treffen.“

www.mehr-demokratie.de/

Sans Papiers

Mannheim:

**Das Asylbewerber-„Heim“
Pyramiden-/Industriestraße
kann und muss der Gemeinderat schließen**

Foto: Rund 140 Menschen des Europäischen Marsches der Sans Papiers und Migranten demonstrierten am 16. Juni vor dem Sammellager für Flüchtlinge in der Industriestraße in Mannheim Neckarstadt/West.



Ausländerrecht und Asylpolitik werden nicht auf kommunaler Ebene strukturiert – es ist Bundes- und Ländersache. Dennoch haben kommunale Behörden bei der Umsetzung Ermessensspielräume. Dies gilt z.B. auch für das Asylbewerberlager in Mannheim. Diese unwürdige Einrichtung mitten in der Neckarstadt muss aufgelöst werden – die dort untergebrachten Familien und einzelnen Menschen brauchen normale Wohnungen, die Kinder ein Umfeld, in dem sie ihrer Schulpflicht erfolgreich nachkommen können.

Die politischen Voraussetzungen hierfür haben sich seit letztem Jahr bescheiden verbessert:

Nach jahrelanger zäher, aufreibender Unterstützungsarbeit für Flüchtlinge und insbesondere für von Abschiebung bedrohte Menschen durch kleine Gruppen wie das Bündnis gegen Abschiebungen ist mittlerweile etwas Bewegung in die Thematik gekommen.

Positiv war beispielsweise die Tatsache, dass sich der Gemeinderat im letzten Oktober der „Save me“-Kampagne des UNHCR angeschlossen hat, nachdem vor allem aus dem kulturellen Bereich intensive Meinungsbildungs-Bemühungen vorausgegangen waren.

Ein weiterer positiver Impuls wurde im März von einem für das Thema bemerkenswert breiten Aktionsbündnis gesetzt, an dem sich u.a. auch der Stadtjugendring beteiligte: dem Fest vor der Asylbewerberunterkunft, an dem vor allem Kinder aus dem Lager teilnahmen. StadträtInnen von SPD, Grünen und der Linken machten sich ein Bild und begrüßten das Fest. Zeitgleich wurde im Gemeinderats-Sozialausschuss ein Antrag behandelt, der die Verwaltung auffordert, zu prüfen, ob eine Einzelunterbringung der Flüchtlinge nicht billiger sei als das Lager. Es zeichnete sich ein Hin- und Hergeschiebe zwischen dem CDU-Sozialdezernenten und dem für Immobilien zuständigen CDU-Kämmerer ab. Immerhin musste Sozialdezernent Grötsch eine Verwaltungsvorlage zur Thematik ankündigen. Dabei ist es

bisher geblieben. Der Druck war aber beachtlich.

Der äußerst kurzfristig angekündigte „Europäische Marsch der Sans Papiers und Migranten“ stellt jetzt einen weiteren Impuls dar. Bei einer Versammlung der MarschiererInnen im Jugendkulturzentrum Forum waren neben dem linken Stadtrat auch zwei Vertreter der SPD-Fraktion (Vorsitzender Ralf Eisenhauer und Ulrich Schäfer) anwesend. Auch Eisenhauer versicherte seine Unterstützung für die Anliegen des Marsches und räumte ein, dass die von der SPD mitgestaltete Migrantenpolitik die kritisierten Zustände mit herbeigeführt habe.

Es wird nun Zeit nachzuholen, welche alternativen Unterbringungsmöglichkeiten die Verwaltungsspitze geprüft hat und nun vorschlägt. Hierbei muss man das Problem des langen Mietvertrages, den die Stadt für das „Wohnheim“ abgeschlossen hat, abtrennen von der Frage der Zurverfügungstellung alternativen Wohnraums. Menschenrechte und Menschenwürde können nicht einem Mietvertrag untergeordnet werden. *Thomas Trüper*

„Schluss mit Abschiebelager, Abschiebeknast und Residenzpflicht!“

Redebeitrag von Roland Schuster auf der Kundgebung der Sans Papiers am 16.6.2012 in Mannheim

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – so heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Dieses phantastische Grundrecht ist für Menschen, die als Flüchtlinge nach Deutschland, als Asylbewerber wie sie bei uns heißen, dieses Grundrecht ist aufgehoben – ja ins Gegenteil versetzt.: Es müsste heißen: Die Würde des Flüchtlings, des Schutz suchenden Menschen, ist aufgehoben“.

Hier in Mannheim ist die menschenunwürdige Situation der Flüchtlinge besonders deutlich. Da ist die Lagerunterbringung im landesweit größten Sammellager mit über 700 Menschen – eingepfercht in beengten kasernen-

haften Wohnverhältnissen im Industrieviertel der Neckarstadt-West. Die Menschen dort bekommen Essen auf Gutscheinen, das sie dort im Point-Store der Diakonie im Lager kaufen können. Jeder, der sich das Essen mal angesehen hat, weiß, das Essen ist minderwertig. Neben diesen Gutscheinen gibt es 40 Euro Taschengeld im Monat – verdammt wenig, da ja gleichzeitig ein Arbeits- und Erwerbsverbot besteht.

Das alles ist unzumutbar – insbesondere für Familien mit Kindern. Deshalb gibt es die Forderung: Aufhebung der Sammelunterkünfte, freie Wohnwahl, statt Essensgutscheine Barauszahlung zum Selbereinkauf und Selberkochen.

Hier in Mannheim gibt es den zentralen und einzigen Abschiebeknast für Flüchtlinge in Baden-Württemberg. Hier sind Menschen, die nichts verbrochen haben, außer dass sie nach Deutschland geflohen sind, und nun abgeschoben werden. Sie sitzen unter schlimmeren Bedingungen im Knast als Menschen im Normalvollzug und das oft monatelang. Auch hier sagen wir: Der Abschiebeknast muss geschlossen werden.

Und natürlich die Residenzpflicht für Asylbewerber muss weg – sie beschränkt das Aufenthaltsrecht der Flüchtlinge auf den Stadtkreis bzw. Landkreis. D.h. Flüchtlinge, die in Mannheim untergebracht sind, dürfen Mannheim nicht verlassen. Werden sie z.B. in Ludwigshafen von der Polizei aufgegriffen, machen sie sich strafbar, im Wiederholungsfall können sie abgeschoben werden.

Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg hat versprochen, Abschiebehaft, die Sammellager und Residenzpflicht innerhalb Baden-Württembergs einzuschränken bzw. abzuschaffen – aber in der Umsetzung passiert eindeutig zu wenig, die Zahl der Flüchtlinge im Abschiebeknast hat sogar zugenommen. Außerdem sind die angedachten Maßnahmen zum Teil halbherzig. Wenn es zum Beispiel heißt, dass die Abschiebehaft nur für die Menschen aufgehoben wird, die mit den Ausländerbehörden im Sinne ihrer geplanten Abschiebung zusammenarbeiten, dann ist das bestenfalls weltfremd, aber eigentlich zynisch. Die Lage der Flüchtlinge wird inzwischen in Mannheim auch außerhalb der eigentlichen Wohlfahrts- und Solidaritätszene thematisiert – so nun auch im Gemeinderat. Das ist gut so – und hier müssen wir weiter dran arbeiten.

Freiburg

Am 20. Juni machte der europäische Marsch der Sans-Papiers und Migrant_innen Station in Freiburg. Die internationale Koalition der Sans-Papiers und der Migrant_innen hat zu einem symbolischen Marsch von Brüssel über Schengen nach Straßburg aufgerufen. Der Marsch soll Sans-Papiers und Migrant_innen der EU und des Schengenraums zusammenbringen und vor das Europäische Parlament in Straßburg führen. „Wir fordern die globale Regularisierung aller Sans-Papiers, Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle, Bürgerschaftsrechte am Aufenthaltsort, Schutz und Respekt für Asylsuchende, für Sinti und Roma etc. Wir bewegen uns alle nach Straßburg, der Hauptstadt vieler europäischer Institutionen, um die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und/oder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates zu ermahnen, die Europäische Konvention der Menschenrechte im Migrations- und Asylbereich umzusetzen.“ Die wirtschaftliche und soziale Krise erfassst in erster Linie die prekärsten Teile der Bevölkerung, zu der die Sans-Papiers und die Migrant_innen zählen. Überall in Europa antworten die Regierungen mit Sparprogrammen, migrationspolitischem Utilitarismus und es kommt zu rassistisch-xenophoben Auswüchsen. Es geht es um die gleichen Rechte für alle, für das Recht sich seinen Wohnort selbst zu wählen, für das Recht auf Bewegungsfreiheit, Bürgerschaftsrechte am Aufenthaltsort, Schutz und Respekt für Asylsuchende

etc. Der Marsch revoltiert gegen die Ungerechtigkeit, die Diskriminierung und die Ungleichheiten, von denen die ausländische Bevölkerung und prekäre Schichten von Europäer_innen zunehmend brutal betroffen sind. Der Marsch versteht sich als Zeichen der Solidarität mit der gesamten Bevölkerung, die eine Gesellschaft zurückweist, die jenen, die schon viel haben, immer noch mehr und jenen, denen es mangelt, immer weniger zuspricht ...

Walter Schlecht, Aktion Bleiberecht

Offene Stadt Freiburg ohne Abschiebungen

2.420 Personen hatten bis zum 13. Juni eine Petition des Freiburger Forums aktiv gegen Ausgrenzung an den Oberbürgermeister Dieter Salomon und an den Gemeinderat der Stadt Freiburg unterschrieben. Anlass dieser Petition ist die Tatsache, dass zahlreichen in Freiburg lebenden Roma-Familien vom Regierungspräsidium Karlsruhe die Abschiebung angedroht wurde. Es handelt sich in erster Linie um Familien, die aus dem Kosovo oder aus Serbien zu uns kamen. In zwei Fällen kam es bereits zu Abschiebungen. Die Angst unter den Roma-Familien, insbesondere unter den Kindern und Jugendlichen, ist sehr groß. Die neue Landesregierung hatte nach Ihrer Wahl zunächst faktisch Abschiebungen von Romanen gestoppt, hat aber nach der letzten Innenministerkonferenz diesen Stopp aufgehoben und stattdessen zugesagt, bei nachgewiesenen „Integrationsleistungen“ statt der langjährigen Duldungen nunmehr Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. 690

Romas leben seit den Kriegsereignissen in den neunziger Jahren und dem Vertreibungsdruck insbesondere im Kosovo auf die Roma-Familien seit langen Jahren in Freiburg, die Kinder dieser Familien sind teilweise hier geboren und gehen in die Schule. Nach einem am 12. März 2010 dem Gemeinderat mitgeteilten Situationsbericht hatten 230 Personen nach der Bleiberechtsregelung ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Diese Zahl ist inzwischen weiter angestiegen. Immer noch aber sind 330 bis 340 dieser seit vielen Jahren in Freiburg lebenden Romas von Abschiebung bedroht. Dazu kommen weitere ca. 300 Roma, die in den letzten zwei Jahren nach Aufhebung des Visumzwangs für Menschen aus Serbien nach Freiburg gekommen sind. Bei diesen ist die Situation besonders prekär, da sie die geforderten Integrationsleistungen noch schwerer erfüllen können. In den lesenswerten Kommentaren der Unterzeichner der Petition wird deutlich, dass viele in dieser Stadt nicht akzeptieren wollen, dass hier lebende MitbürgerInnen von der Polizei abgeholt und in eine ungewisse und oft nicht menschenwürdige Existenz zwangswise zurückgebracht werden. Ein betroffener Roma schreibt: „Ich bin Ausländer überall, Freiburg ist der einzige Platz, in dem ich zuhause sein konnte.“ Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen der Petition und fordert den Oberbürgermeister, den Gemeinderat und insbesondere SPD und Grüne, die die Landesregierung stellen auf, sich für ein sofortiges Ende der angedrohten Abschiebungen einzusetzen.

Michael Moos, Unabhängige Listen

Köln



Maßnahmen zur Bekämpfung von Stromsperren und Energiearmut

Am 20.6. meldete die Presse, dass Energieexperten mit Preissteigerungen von 25% bis zum Jahre 2020 rechnen. „Energiearmut“ ist inzwischen ein großes Diskussionsthema geworden. Bundespolitiker machen leere Versprechungen. Der Eon-Chef greift in die populistische Schublade und fordert einen Sozialtarif. Real passieren tut aber nichts.

Da überraschte die Information der Stadt Köln, auf Anfrage der Fraktion Die Linke, dass in Köln im Jahre 2011 bei 9 861 Haushalten der Strom abgestellt wurde. Ca. 20 000 bis 30 000 Menschen sind davon betroffen.

Der Kölner Stadtrat hatte sich bereits 2007 mit dem Thema Energiearmut befasst. Auf Initiative der Linke wurde ein mehrstufiger Beschluss verabschiedet, der auch gleichzeitig ein Kompromiss zwischen SPD, Grüne und Linke darstellte:

– Prüfen, ob ein Sozialtarif durch die

Stadtwerke eingeführt werden kann

- Energieberatung für arme Leute
- Stromsperren vermeiden

Der damalige Umweltminister Gabriel griff die Kölner Forderung nach einem Sozialtarif Strom im niedersächsischen Landtagswahlkampf Anfang 2008 auf, und man konnte hoffen, das sich was bewegt. SPD und Grüne legten die Forderung nach Sozialtarif Strom schnell bei Seite, und sprachen nur noch von „Energieeffizienz“. Auf einer Veranstaltung des DGB in Essen, zum Thema Sozialtarif Strom, machte das der energiepolitische Sprecher der damaligen und heutigen SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber deutlich, dass sie eine solche Forderung ablehnen würden. Die Umweltverbände teilten diesen Standpunkt. Nur die Verbraucherzentralen, insbesondere in NRW, stellen bis heute die Forderungen nach sozialen Tarifen für Strom, bzw. Mindestmengen von Strom für arme Verbraucher und

sind sehr aktiv. In zahlreichen Orten der Republik stellten linke Ratsfraktionen in die Richtung Anträge, fanden auch Unterstützung in allen Lagern bis hin zur CSU. Schlussendlich kam man aber mit dieser Forderung keinen wirklichen Schritt weiter.

Energieberatung für arme Haushalte

In verschiedenen Städten wie in Berlin, Frankfurt, aber auch in Köln entwickelten sich Projekte zur Energieberatung für arme Leute. Insbesondere der Caritas-Verband entwickelte das Projekt „StromSparCheck“.¹ In Köln begann dieses Projekt in Zusammenarbeit und mit finanzieller Förderung durch das örtliche Energieunternehmen „RheinEnergie“. In der Anfrage der Kölner Linken zu den Stromsperren antwortet die Verwaltung: „Die „Stromspar-Checker“ installieren im Rahmen ihrer Beratungsgespräche in rund 6 000 Chorweiler Haushalten von der RheinEnergie AG gestellte Geräte zum Energiesparen. Die RheinEnergie stellte bei dieser Aktion Sachmittel im Gegenwert von 228 000 Euro zur Verfügung. Projektfahrun-

gen zeigen, dass mit dieser „Soforthilfe“ in den betreffenden Haushalten erhebliche Energiesparpotenziale im Gegenwert von bis zu 150 Euro pro Haushalt und Jahr möglich sind.“²

Dieses Projekt wird 2012 um weitere vier Stellen aufgestockt, um eine Energieberatung im Stadtbezirk Kalk zu ermöglichen. In 2013 sollen dann noch weitere vier Stromspar-Checker dazu kommen. Alle Beteiligten stehen hinter diesem Projekt, das jetzt Stück für Stück auf ganz Köln ausgeweitet werden muss. Energieberatung ist auch ein Mittel, Energiearmut zu bekämpfen und führt auch dazu, dass die Kommunikation mit armen Leuten entwickelt und Hartz IV-Bezieher eine Berufsausbildung erhalten.

Noch in diesem Jahr wird es in Köln ein weiteres interessantes Projekt geben. Bei der Verbraucherzentrale wird noch in diesem Jahr eine Beratung für Energiearmut (Zahlungsverzug und Stromsperrungen) starten. Dieses Projekt fördert die Landesregierung zu 50%. Die RheinEnergie zahlt die anderen 50% des Projekts. In einigen Jahren muss dieses Projekt vollständig vom örtlichen Energieunternehmen getragen werden.

Energiearmut und Stromsperrungen

Die Kölner Fraktion der Linken fragte nach Stromsperrungen in Köln. Die Verwaltung schrieb alle Unternehmen an. Die privaten Unternehmen antworteten nicht. Nur die RheinEnergie, der Grundversorger in kommunaler Hand, stellte seine Daten umfassend zur Verfügung. 2011 waren das 10 936 Stromsperrungen bei 9 861 Haushalten der RheinEnergie in Köln. Aus einer Anfrage aus dem Jahre 2008³ wissen wir, dass die Stromsperrungen in den letzten Jahren gestiegen sind. Das liegt nicht an der RheinEnergie, sondern an der zunehmenden Verarmung der Menschen: 2007 wurde 1 % aller RheinEnergie-Kunden der Strom abgestellt. In 2011 waren es 9.861 und 1,45 %. Das ist ein deutlicher Anstieg von 5350 auf 9861. Fast eine Verdoppelung. Die Verwaltung schreibt: „Ein Großteil der zahlungsrückständigen Kunden lebt jedoch nicht im Leistungsbezug und wird erst bei Androhung oder Sperrung der Energiezufuhr beim Sozialleistungsträger vorstellig.“⁴

Sozialtarife ... Die Auseinandersetzung fortsetzen

In einer Pressekonferenz verwies die

Jörg Detjen ist Fraktionssprecher der Linken im Rat der Stadt Köln, Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke AG und Mitglied im Beirat der Kölner Verbraucherzentrale.

1 <http://www.stromspar-check.de>.

2 Rat der Stadt Köln, Vorlage 1027/2012 von der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26. Juni 2012

3 Rat der Stadt Köln, Vorlage 3190/2008 von der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 14. August 2008

4 TEN/420 vom 7. Juli 2010: Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema „Energiearmut im Kontext von Liberalisierung und Wirtschaftskrise“.

Kölner Fraktion darauf, dass entscheidend ist, dass sich bundespolitisch etwas ändern muss:

• Der Anteil für Energie bei SGB II und SGB XII muss um 11,50 Euro angehoben werden.

• Wir brauchen soziale Tarife, wie sie die EU seit Jahren einfordert. In 10 von 27 EU-Staaten gibt es soziale Tarife, nur nicht in der Bundesrepublik.

In einer Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zum Thema „Energiearmut im Kontext von Liberalisierung und Wirtschaftskrise“⁴:

„Die Bekämpfung der Energiearmut ist eine neue soziale Priorität, die auf allen Ebenen unterstützt werden muss. Die von der EU angenommenen Rechtsvorschriften sind zwar zweckdienlich, doch ist die Reaktion der Mitgliedsstaaten bislang unzureichend, wie folgende Beispiele zeigen: Trotz der in den Richtlinien über den Gas- und Elektrizitätsbinnenmarkt (zunächst Richtlinie 2003/54/EG und anschließend Richtlinie 2009/72/EG) verankerten Verpflichtung bieten bislang lediglich 10 der 27 Mitgliedsstaaten den benachteiligten Kunden Sozialtarife an, wobei der Begriff ‚benachteiligte Kunden‘ nur in acht Mitgliedsstaaten verwendet wird.“

Intelligente Stromzähler statt Stromsperrungen

Wir müssen vor Ort Konzepte gegen Energiearmut entwickeln. Wir brauchen eine schnelle Lösung gegen Stromsperrungen: Neue, temporäre Stromzähler müssen bei besonders „schutzbedürftigen Kunden“ einsetzen. Ob kranke Rentner, alleinerziehende Frauen – all diese Personen brauchen täglich eine Mindestmenge Strom. Es darf diese Sperren nicht mehr geben, sondern jeder Mensch muss das Recht auf eine Mindestmenge Strom bekommen. Die RheinEnergie erklärte nunmehr, in Köln ein Pilotprojekt zu starten und Prepaidzähler einzusetzen, die im Falle vom Zahlungsausfall, den Strom nicht abstellen, sondern die Leistungskraft senken. D.h. eine Mindestmenge Strom steht immer zur Verfügung. Das wäre ein großer Schritt voran.

Darüber hinaus müssen weitere Wege gefunden werden, wie die Schulden beglichen werden:

- durch Ratenzahlung
- durch Beratung bei der Schuldnerberatung oder bei der Verbraucherzentrale
- durch Senkung der Energiekosten mittels Einsparmöglichkeiten.

Debatte um „kostenlosen“ ÖPNV in Freiburg

Die Freien Wähler (FW) in Freiburg haben mal wieder mit einer Forderung nach einem „kostenlosen“ öffentlichen Nahverkehr von sich Reden gemacht. Schon 2010 gab es dazu einen Vorstoß. Das Rechtsamt der Stadt wies aber die Initiative zurück, weil das nur über eine Änderung von Landesgesetzen gehen würde. Nun gibt es eine neue Landesregierung, auf die interessanterweise die Freien Wähler nun ihre Hoffnung setzen, dass diese die entsprechenden Gesetze ändert. Kostenlos ist der Gebrauch von Bus und Bahn nach dem Konzept der Freien Wähler allerdings nicht. Es soll eine allgemeine Umlage geben, eingezogen wie die Gebühren der Müllabfuhr. Die FW gehen davon aus, dass im Kreis und in der Stadt etwa 570000 zahlungspflichtig wären, egal, ob sie den ÖPNV nutzen oder nicht. Zwischen zehn und zwanzig Euro pro Monat soll das kosten, soziale Staffelung ist dabei vorgesehen.

Die Fraktion der Unabhängigen Listen (UL) und die Partei Die Linke haben sich positiv auf das Ansinnen der FW bezogen, setzen aber andere Prioritäten. So heißt es in einer Pressemitteilung der UL: „Anders als die Freien Wähler vertreten die Unabhängigen Listen die Auffassung, dass zur Umlagefinanzierung eines Nulltarifs nicht nur die privaten Haushalte, sondern auch die örtlichen Betriebe herangezogen werden sollten. Die UL geht davon aus, dass bei einem solchen Modell ca. zehn Euro pro privatem Haushalt und Monat ausreichen könnten, den Nulltarif zu finanzieren.“

Bei der Partei Die Linke heißt es: „Doch eine Finanzierung muss sozial gestaffelt sein und vor allem die Unternehmen einbeziehen, die bisher nur teilweise mit Jobtickets ihren Beitrag leisten und in der Einkaufsmeile in der Innenstadt auch noch vom Zubringer ÖPNV profitieren. Entscheidende Finanzierung für einen noch besseren ÖPNV in Freiburg wäre eine Gewerbeabgabe ... Einem für jeden Menschen zugänglichen und nutzbaren und deshalb auf Dauer kostenlosen ÖPNV gehört die Zukunft. Wer diesen Wunsch teilt und ernst nimmt, muss als erstes das Sozialticket wollen.“

Die Forderung nach einem Sozialticket taucht in der Pressemitteilung der UL nicht auf. Jahrelang war das eine der zentralen Forderung der Linken Liste und des Gemeinderatsbündnis UL. Da aber seit Jahren, zu jeden Haushaltsberatungen, die Anträge der UL zu dem Sozialticket abgelehnt werden, hat in der Linken Liste eine Debatte darüber begonnen, ob es noch Sinn macht, das Sozialticket zu fordern, oder ob es nicht sinnvoller ist, gleich die weitergehende Forderung eines „kostenlosen“ ÖPNV zu forcieren. Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen, aber die Initiative der FW wird die Richtung der Diskussion in der Linken Liste/ UL beeinflussen.

(hav)

Gewerbesteuern sprudeln und Norderstedt zockt mit Zinsen: NORDERSTEDT hat ein Luxusproblem: Nach den aktuellen Zahlen für den Monat Mai hat die Stadt bereits rund 3 Millionen Euro Gewerbesteuern mehr eingenommen, als für das gesamte Jahr prognostiziert. Ein Grund dafür: Die im Mai 2011 beschlossene Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern. Derweil bemüht sich die Verwaltung um ganz andere Finanzfragen: Gegen die Stimmen von GALiN und Die Linke will sie mit ihren Zinsen zocken ... Gegen die Stimmen von GALiN und Die Linke beschlossen die „Bürgerlichen“ im Hauptausschuss die Aufhebung der bisherigen „Spekulationsgrenze“ für sogenannte „Zinssicherungsinstrumente“. Bislang nämlich durfte die Stadtverwaltung maximal 30 Prozent des Gesamtdarlehensbestandes „sichern“, das heißt zinsspekulative Verträge darüber abschließen. Nun wollen sich Syttkus & KollegInnen bemühen, einen Großteil der städtischen Verbindlichkeiten als „Portfolio“ langfristig unter den aktuell äußerst niedrigen Zinssatz zu bugisieren. Problem dabei: Weder kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass in Zukunft noch günstigere Konditionen erhältlich sind, noch ist klar, ob die Geldgeber später mit solchen sogenannten Swaps handeln. In diesem Fall hätte es die Stadt am Ende mit ständig wechselnden Gläubigern zu tun, die einerseits fragwürdigen Rufes sein-, aber eben auch mal havarieren könnten. www.infoarchiv-norderstedt.org

Betroffene tappen im Dunkeln: ESSEN. Die Verbraucherzentrale NRW, der Deutsche Mieterbund, der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW und andere weisen darauf hin, dass viele Menschen die steigenden Energiekosten nicht mehr aufbringen können. Auch in Essen sind immer mehr Menschen von Strom und Gasperren betroffen. Gabriele Giesecke für Die Linke im Sozialausschuss: „Wir fordern die Verwaltung auf, Vorschläge zu erarbeiten, wie den Betroffenen schnellstmöglich Hilfestellung geleistet werden kann. Bis das Job Center z.B. bei Hartz-IV-Beziehern tätig wird, sitzen die Betroffenen oft schon im Dunkeln.“ Aber nicht nur Hartz- IV-BezieherInnen sind betroffen. 2010 verschickten die Stromversorger in NRW drei Millionen Mahnungen und drohten 340 000 Haushalten mit einer Stromsperrre, 62 000 Haushalte wurde der Strom abgestellt. Diese soziale Härte trifft unter anderem auch alte und kranke Menschen, Familien mit kleinen Kindern und Beschäftigte aus dem Niedriglohnsektor. Giesecke weiter: „Bundesweit gibt es Überlegungen wie

dieser Personenkreis der ‚besonders schutzbedürftigen Menschen‘, besser vor Liefersperrungen bewahrt werden kann. Dazu gehört sowohl die Anpassung von Sozialleistungen an die realen Energiepreise als auch frühzeitige Beratung beim Entstehen von Energieschulden. Die Verwaltung wird aufgefordert, auch für Essen diesbezüglich Vorschläge zu machen.“

www.linksfraktion-essen.de

Eine herbe Niederlage für das Hartz-IV-System: GELSENKIRCHEN. Trotz heftigen Widerstands der NRW-Landesregierung von SPD und Grünen hat das Bundessozialgericht (BSG) am 16.05.2012 letztinstanzlich entschieden, dass den von Hartz IV betroffenen Menschen in NRW eine größere Wohnfläche zusteht, als bisher von den Jobcentern und der Landesregierung zugestanden wurde. Damit endete ein jahrelanger Rechtsstreit, der bereits seit Anfang 2010 von mehreren erstinstanzlichen Sozialgerichten jeweils zugunsten der MieterInnen entschieden wurde. Mit dieser Entscheidung wird allen Hartz IV-Betroffenen in NRW eine um 5 qm größere Wohnfläche zugebilligt, so dass Singlehaushalte nunmehr eine Wohnung mit einer Wohnfläche bis zu einer Größe von 50 qm und Mehrpersonenhaushalte jeweils zusätzlich 15 qm mehr bei der Berechnung ihrer Mietkosten beanspruchen können. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher des Landesvorstands Die LinkeNRW, Jürgen Aust, erklärt dazu: „Aufgrund dieses Urteils haben die Hartz IV-Haushalte einen deutlich höheren Mietanspruch (KdU), der sich je nach Kommune zwischen 35 € und 50 € bewegen dürfte, weil nunmehr sowohl höhere Obergrenzen für die Kaltmiete, als auch für die Betriebs- und Heizkosten bei der Berechnung der Mietkosten berücksichtigt werden müssen. Insbesondere führt die Entscheidung des BSG auch dazu, dass sämtliche Hartz IV-Haushalte einen Überprüfungsantrag (§ 44 SGB X) stellen können, der zu einer Nachzahlung der vorenthaltenen Mietkosten seit 1.1.2011 führen würde. Die Linke NRW wird dazu kurzfristig einen entsprechenden Musterantrag den Initiativen vor Ort zur Verfügung stellen, um die betroffenen Menschen vor den Jobcentern und anderen Orts über ihre Rechte zu informieren und sie zu ermutigen, gegen neue Bescheide Widerspruch zu erheben und ihre Ansprüche für die Vergangenheit geltend zu machen.“ <http://dielinke-ge.de>

Fiskalpakt-Einigung: Linke kritisiert Zustimmung. HAMBURG. Nun scheint es doch zu einer Zustimmung im Bundesrat zum Fiskalpakt und ESM zu

kommen. Der Bund hat den Ländern Entgegenkommen signalisiert, die notwendige Zwei-Dritt-Mehrheit im Bundesrat scheint somit gesichert. Heute stellte der SPD-Senat das Ergebnis vor: Der Bund wird sich künftig an den Kosten für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung und bei der Grundsicherung beteiligen und hat Hilfen für den Ausbau von Kita-Plätzen zugesagt. Zudem habe sich der Bund bereit erklärt, gemeinsame Anleihen von Bund und Ländern herausgeben zu wollen. Dieses dürfte die Finanzierungskosten für die Länder deutlich verbilligen, stärkt aber nicht deren Einnahmen. Dazu erklärt Norbert Hackbusch, finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft: „Die nun bekannt gewordenen Zugeständnisse des Bundes gegenüber den Ländern und Kommunen sind längst überfällig, hat doch der Bund die schwierige wirtschaftliche Lage der Länder und Kommunen hauptsächlich zu verantworten. Das Entgegenkommen des Bundes ist schön und gut, löst aber die Probleme nicht. Der Fiskalpakt enthält Kürzungs- und Verarmungsprogramme und lässt etliche Hintertüren offen. Die rücksichtslose Kürzungswut im Rahmen des Fiskalpaktes ohne nennenswerte Wachstumsimpulse wird insbesondere die ärmeren Teile der Bevölkerung treffen und ist mit uns nicht zu machen.“ www.die-linke-hamburg.de

Forderung nach Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte aufrecht erhalten: BERLIN. Zu den Verhandlungen von Bund und Ländern zum Fiskalpakt erklärt der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude: „Die Städte unterstützen den Fiskalpakt. Sie müssen aber befürchten, dass die Umsetzung im Ergebnis zu einer Einschränkung ihrer Haushaltsautonomie und damit letztlich ihrer politischen Handlungsfähigkeit führt. Die Kommunen brauchen deshalb Entlastungen im Sozialbereich. Eine maßgebliche Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Eingliederungshilfe für Behinderte ist die Forderung der Länder. Die deutschen Städte appellieren dringend an die Ministerpräsidenten, in den heutigen Verhandlungen mit dem Bund nicht von dieser Forderung abzurücken. Die Hilfe für Menschen mit Behinderungen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und gehört daher letztlich in die Finanzverantwortung des Bundes. Es geht hier insgesamt um ein jährliches Volumen von derzeit rund 13 Milliarden Euro.“ Der Deutsche Städtetag hat die Ministerpräsidenten

vor wenigen Tagen auch in einem Brief gebeten, diese Forderung weiterhin zu vertreten. <http://www.staedtetag.de>

Vertagen nutzt nichts, Wasserpriese müssen für alle runter! FRANKFURT A.M. Der Aufsichtsrat der Mainova AG ist zu keinem Ergebnis bei der Umsetzung der Wasserpriisenkung gekommen. Er begründet dies mit „Klärungsbedarf“ in der Sache. Diese Position ist für Die Linke im Römer nicht nachvollziehbar. Für Lothar Reiningen, finanzpolitischer Sprecher, gibt es nichts mehr zu diskutieren: „Die Mainova hat in den letzten Jahren zu hohe Wasserpriise verlangt. Jetzt muss sie die Priise senken. Und zwar für alle. Noch im Haupt- und Finanzausschuss hatte sich die schwarz-grüne Koalition mit dem Argument, es gebe keine Möglichkeit der Preisenkung bei den Kunden mit einem Jahresverbrauch über 960 Kubikmeter, hinter die Mainova gestellt. Die hessische Landesregierung sieht das anders und verlangt auch anderes. Jetzt hat Schwarz-Grün die Ohrfeige dafür erhalten“. Die Verfügung der Landesregierung sehe genau das vor, was Die Linke im Ausschuss verlangt und gefordert hat: Die Senkung der Wasserpriise für alle, ohne Ausnahmen. www.dielinke-im-roemer.de

Wohnungslücke schließen, sozialen Wohnraum schaffen: BREMEN. Bezahlbares, menschenwürdiges und gesundes Wohnen ist ein soziales Grundrecht für alle Menschen. In Artikel 14 der Bremischen Landesverfassung steht: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruchs zu fördern.“ Im Gegensatz zu dieser Verpflichtung hat sich der Staat auch in Bremen immer weiter aus dem sozialen Wohnungsbau beziehungsweise der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen: Vormals öffentliche Wohnungsbaugesellschaften wurden massenhaft privatisiert, die Förderung sozialen Wohnraums umfassend reduziert. Das Ergebnis sind unter anderem akuter Wohnungsmangel, steigende Mieten, soziale Spaltung der Städte und mangelhafte Wohnungsqualität. www.dielinke-bremen.de

Wirtschaftstrojaner: Stadtverwaltung unterstützt Linksfraktion. BONN. Die Stadtverwaltung schließt sich der kritischen Position der Linksfraktion an. Die Stadt Bonn wird nicht der neuen Rahmenvereinbarung mit der ÖPP Deutschland AG beitreten. Die Linksfraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung auf

der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses erklärt hat, dass Bonn auch der neuen Rahmenvereinbarung der ÖPP Deutschland AG nicht beitreten werde. Die ÖPP Deutschland AG berät und empfiehlt, wie Kommunen, Länder und der Bund ihre Infrastrukturprojekte finanzieren sollen. Hierbei geht es um Privatisierungen gemeinschaftlichen Eigentums in „Öffentlich-privaten Partnerschaften“ (ÖPP). Betroffen sind kommunale Straßenbeleuchtungen und Schulen genauso wie bundesweite Projekte. Die Linksfraktion wollte in einem Dringlichkeitsantrag wissen, wie die Stadtverwaltung zu dem Aufruf von BMF und Deutschem Städtetag steht, der neuen Rahmenvereinbarung bis zum 29. Juni 2012 beizutreten. In der mündlichen Stellungnahme zum der Linksfraktion erklärte die Stadtverwaltung, sie vermisste die gebotene Transparenz und notwendige Mitsprachemöglichkeiten der ÖPP Deutschland AG. Auch die Tagessätze seien zu hoch.

[/www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen](http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen)

Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag hat den Bund gebeten, sicherzustellen, dass die gerade im ländlichen Raum immer wichtiger werdende Zusammenarbeit von Kommunen nicht erschwert wird. Vor dem konkreten Hintergrund einer drohenden Umsatzsteuerpflichtigkeit derartiger öffentlicher Kooperationen forderte Präsident Landrat Hans Jörg Dupré eine zügige gesetzliche Klarstellung. „Interkommunale Zusammenarbeit ist ein zentraler Baustein bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen und darf nicht durch das Vergaberecht oder steuerrechtliche Vorschriften behindert werden. Insofern erwarten wir vom Bund eine zügige gesetzliche Klarstellung.“ Als Negativbeispiel nannte er das Urteil des Bundesfinanzhofes aus dem letzten Jahr, das die Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand erheblich ausgeweitet habe und dazu führe, dass die gesamte interkommunale Zusammenarbeit unter dem Verdacht der Steuerpflichtigkeit stehe. „Es liegt auf der Hand und wird auch von niemandem bestritten, dass die Zusammenarbeit von Kommunen einer der wesentlichen Bestandteile eines erfolgreichen Umgangs mit demografischen Prozessen ist und unterstützt werden muss. Dazu gehört dann aber auch, interkommunale Kooperationen nicht zu behindern.“ www.landkreistag.de/

Zusammenstellung: ulj

Arm trotz Arbeit: Ein

Trotz des Aufschwungs können immer weniger ArbeitnehmerInnen von ihrer Arbeit leben und benötigen deshalb einen Zuschuss vom Staat. Wie eine aktuelle DGB-Studie belegt, stieg die Zahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz-IV-Bezieher von 2007 bis 2010 in den ostdeutschen Ländern um elf und in den westdeutschen Ländern um 14 Prozent.

Das Verarmungsrisiko Erwerbstätiger ist in den letzten Jahren nicht nur gestiegen, sondern weist große, regionale Unterschiede auf. In den alten Ländern waren Ende 2011 durchschnittlich fast 29 Prozent der Hartz IV-Empfänger zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig und nahezu ein Drittel in den neuen Ländern. In Brandenburg, Sachsen und Thüringen stellen die erwerbstätigen Hartz IV-Bezieher sogar mehr als ein Drittel aller erwerbsfähigen Hilfeempfänger.

Berlin Spitzenreiter bei Hartz-IV-Aufstockern

Die Zahl der Haushalte mit mindestens einem erwerbstätigen Hartz IV-Bezieher stieg in den alten Bundesländern von 2007 bis 2010 um 14 Prozent und in Ostdeutschland um 11 Prozent. Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern sank ihre Zahl leicht um 0,4 Prozent. Am stärksten war der Zuwachs in Berlin, mit einem Anstieg um ein Viertel sowie in NRW mit plus 18,5 Prozent. In der Spitzengruppe folgen Bremen (+16,5 %), Hessen (15,3 %) und Hamburg

Zeitbombe Arbeitsstress

Wenn die Nerven blank liegen: Es gibt bisher keine Verordnung, um Beschäftigte vor Gefährdungen durch psychische Belastungen zu schützen. Diese Lücke will die IG Metall mit ihrem Entwurf für die Anti-Stress-Verordnung schließen. Denn die Zeitbombe Arbeitsstress tickt. Der Gesetzgeber und die Betriebsräte sind gefordert ...

Fluch von Handy und Smartphone: Fast täglich melden wissenschaftliche Studien, dass sich die Feiertage aufgrund von psychischen Erkrankungen dramatisch häufen. So hat der Gesundheitsreport der Techniker Krankenkasse kürzlich festgestellt, dass Beschäftigte immer öfter wegen psychischer Erkrankungen nicht arbeiten können. Im Schnitt fehlt jeder Beschäftigte mehr als zwei Arbeitstage pro Jahr wegen seelischer Leiden. Die Zahl der Krankheitstage, die psychisch bedingt sind, stieg 2011 um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Jeder fünfte Beschäftigte leidet unter psychischen Störungen.

Krankmacher ist unter anderem

kommen immer öfter nicht ausreichend

(15,2 %). Zwar haben sich die regionalen Unterschiede seit 2007 im Bundesvergleich etwas verringert. Doch am generellen Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle hat sich nichts Grundsätzliches geändert.

Über 6 Milliarden Euro für Aufstocker

Hartz IV ist keinesfalls nur ein Fürsorgegesystem für hilfebedürftige Arbeitslose, sondern in starkem Maße auch für Erwerbstätige, die von ihrem Arbeitseinkommen allein nicht leben können.

Dabei sind die Regionen vom sich ausbreitenden Niedriglohnsektor sehr unterschiedlich betroffen. Im Schnitt erhielten Bedarfsgemeinschaften mit sozialversichert Beschäftigten knapp 600 Euro Zuschüsse, inklusive rund 330 Euro für die Kosten der Unterkunft. Die hohen finanziellen Aufwendungen für die sogenannten Hartz IV-Aufstocker belasten nicht nur den Bund.

In vielen Regionen werden sie auch für die Kommunalfinanzen zum Problem. Allein für die Sicherung des Existenzminimums für hilfebedürftige Haushalte mit sozialversichert Beschäftigten mussten 2010 rund vier Milliarden Euro an aufstockenden Leistungen aus Steuermitteln gezahlt werden; für die Leistungen für Unterkunft und Heizung beliefen sich die Hartz IV-Aufwendungen für diesen Personenkreis auf gut 2,2 Milliarden Euro im Jahr. Diese Kosten müssen weitgehend die Kommunen aufbringen.

die ständige Erreichbarkeit auch in der Freizeit – Fluch von Handy und Smartphone. Termindruck, hohes Arbeitstempo, Lärm und ein schlechtes Betriebsklima machen die Nerven mürbe. Stressfaktoren sind auch kurze Taktzeiten in Fabriken, Monotonie der Abläufe, ungünstige Schichtpläne und zu enge Zeitvorgaben bei Projekten ... Eine rechtliche Regulierung auf diesem Feld ist unerlässlich.

Volkskrankheit Nummer eins: Die IG Metall will das Thema nun voranbringen ... Bei der Anti-Stress-Verordnung geht es darum, das Arbeitsschutzgesetz um wesentliche Punkte zu ergänzen. Das Regelwerk des Arbeitsschutzes muss in Bezug auf psychische Belastung konkretisiert werden. Die Anti-Stress-Verordnung wurde im breiten Dialog mit Fachwissenschaftlern, betrieblichen Praktikern und Arbeitsschutz-Experten entwickelt.

Der Gesetzgeber darf sich seiner Verantwortung nicht entziehen. Denn eine ausreichend präzise Anti-Stress-Verordnung könnte zur Bewältigung des Problemdrucks einen wichtigen

Mindestlohn führt zur Entlastung der öffentlichen Haushalte

Bei Eindämmung des Niedriglohnsektors und Einführung existenzsicherner Löhne würden nicht nur der Bund, sondern auch Städte und Gemeinden deutlich entlastet. Während bisher Erwerbseinkommen oftmals nur – oder überdurchschnittlich stark – auf die Bundesleistungen angerechnet werden, könnten dann auch die Mietkosten von den Erwerbstätigen in stärkerem Maße selbst finanziert werden. Dadurch müssten sie vielfach nicht mehr von den Kommunen ganz oder teilweise getragen werden. Mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro könnten insbesondere die Kommunen mit ausgeprägtem Niedriglohnsektor entlastet werden. Ergänzende Hartz IV-Leistungen könnten so zum Teil verhindert oder die Aufstockungsbeiträge zumindest reduziert werden. Für kinderreiche Familien sowie Regionen mit überdurchschnittlichem Mietniveau müsste dieser Mindestlohn durch ergänzende gesetzliche Regelungen flankiert werden. Hierzu zählen insbesondere der vom DGB geforderte zielpnaue Ausbau des Kinderzuschlags für Geringverdiener sowie eine Wohngeldreform mit höherem Wohngeld für Niedriglohnempfänger. Erwerbstätige Arme könnten so durch Kombination dieser Maßnahmen – und unter Berücksichtigung der Kinderzahl und des regionalen Mietniveaus – aus Hartz IV herausgeführt und so die Kommunen finanziell entlastet werden. www.dgb.de

Beitrag leisten. Die gesetzlichen Anforderungen müssen verbindlicher, konkreter und transparenter werden. Sie müssen mit praxisnahen Handlungsanleitungen unterlegt werden, damit die Beschäftigten und Betriebsräte wissen, wie sie dieses Problem lösen können und müssen. Unternehmen müssten dann zum Beispiel dafür sorgen, dass das Schichtsystem der Gesundheit zuträglich ist. Auch die ständige Erreichbarkeit durch Handys und Laptops müsste dann geregelt werden.

Die neue Verordnung soll für alle Firmen gelten, die dem Arbeitsschutzgesetz unterliegen – und das trifft auf so gut wie alle Unternehmen in Deutschland zu. Im betrieblichen Arbeitsschutz spielen Betriebsräte und Gewerkschaften eine zentrale Rolle. Die IG Metall hat ein Anti-Stress-Paket entwickelt, indem sie den betrieblichen Akteuren Werkzeuge zur Verfügung stellt, um eine Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen vorzunehmen. Denn Gute Arbeit braucht klare Regeln – auch bei Gefährdungen durch psychische Belastungen. www.igmetall.de

Wirtschaftsverband sieht Euro bei Neuverhandlungen mit Griechenland bedroht. HB, So., 17.6.12.

Der Präsident des Familienunternehmer-Verbands, L. Goebel, warnt eindringlich davor, „den gebettelten Griechen entgegen zu kommen“. Die Europäische Union, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds hätten mit der griechischen Regierung ein 130 Milliarden Euro schweres Hilfspaket vereinbart und dies an strikte Reform- und Sparbedingungen geknüpft. Goebel: „Wenn sich das griechische Volk gegen den vereinbarten Reformkurs ausspricht, dann muss Europa einen geregelten Austritt des Landes konkret vorbereiten“. „Wenn Europa hier seine letzte Glaubwürdigkeit verliert, gibt es keine Rettung mehr für den Euro“.

DIHT will weiteren Abbau der Sockelarbeitslosigkeit durch Leiharbeit. HB, Do., 28.6.2012. Zu den jüngst veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen erklärt Arbeitgeberpräsident D. Hundt: „Immer mehr Arbeitslosengeld-II-Bezieher schaffen den Sprung zurück ins Erwerbsleben. Zwar ist die Zahl der arbeitslosen Empfänger von staatlicher Grundsicherung immer noch wesentlich zu hoch, aber sie sinkt seit Monaten erfreulicherweise überproportional stark. Es muss jetzt alles daran gesetzt werden, den erfolgreich eingeleiteten Abbau der strukturell verfestigten Sockelarbeitslosigkeit weiter voranzubringen.“ In den letzten beiden Jahren hätten die Unternehmen in Deutschland fast 1,5 Millionen zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen. Insbesondere durch flexible Beschäftigungsformen wie vor allem die Zeitarbeit könnten verstärkt auch Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte vom anhaltenden Job-Boom profitieren.

Deutsche Unternehmen bekennen sich zum chinesischen Markt. FAZ, Do., 28.6.2012.

China bleibt trotz mancher Herausforderung für deutsche Betriebe einer der wichtigsten Märkte weltweit. Wie die Deutsche Auslandshandelskammer (AHK) China unter ihren Mitgliedsunternehmen ermittelte, ist das aktuell größte Problem die Rekrutierung geeigneten Personals. Deutsche Unternehmen in China erwarten höhere Umsätze und steigende Gewinne. Die Bedeutung der Volksrepublik – auch als Eckpfeiler in den Asien-Strategien – nimmt der Umfrage zufolge weiter zu. So ist China für fast jedes zweite deutsche Unternehmen einer der drei wichtigsten Märkte weltweit. Als wichtigste Gründe für eine Präsenz vor Ort gelten das Verkaufspotenzial und die Nähe zu bereits in China ansässigen Kunden. Der Wettbewerb durch chinesische Unternehmen nehme deutlich zu, berichteten die Befragten. Zusammenstellung: rst

Skandalisierung der Fehl-leistungen der SPD reicht nicht

Interview mit Klaus Lederer, Landesvorsitzender Die Linke Berlin

Im Nachgang zu den Wahlniederlagen in Schleswig-Holstein und NRW und zu den Entscheidungen des Göttinger Parteitages haben die „Politischen Berichte“ folgendes Interview mit Klaus Lederer geführt.

Du bist Landesvorsitzender Die Linke Berlin. Wie sieht Ihr die Wahlniederlagen im Westen, aber auch die Umfrageverluste im Osten?

Es gibt dafür keine eindimensionalen Erklärungen, da kommt Mehreres zusammen.

Unser Ergebnis bei den Wahlen 2009 in Berlin ging darauf zurück, dass wir bei den Wahlen vorher die Fehlleistungen der Sozialdemokratie von der Agenda 2010 bis zur Liberalisierung der Finanzmärkte erfolgreich skandalisieren konnten. Mit dem Wechsel der SPD auf die Oppositionsbank und den danach von Sigmar Gabriel eingeleiteten Kurskorrekturen fiel sie aber als Projektionsfläche einer solchen Skandalisierungsstrategie zunehmend aus. Das ließ sich ebenso wenig durch einen Überbietungswettbewerb bei den Forderungen kompensieren noch durch die Unterstellung an die Adresse der SPD, dass ihr Abrücken von ihren früheren Positionen rein taktisch und nicht ehrlich sei. Selbst wenn da etwas dran ist, wirkt so etwas auf die Menschen lediglich verbissen und rechthaberisch. Im Osten wird dieser Eindruck ein Stück weit dadurch kompensiert, dass insbesondere vor Ort Die Linke auch als eine Partei agiert, die in der Lebenswelt der Menschen verankert ist. Sie arbeitet pragmatisch an konkreten Verbesserungen der Lebenssituation der Menschen und kann dafür Bündnisse und Kompromisse eingehen. Dass wir damit auch in schwierigen Zeiten erfolgreich sein können, haben die Bürgermeister- und Landratswahlen in Thüringen eindrucksvoll belegt. Sicher gibt es das auch im Westen, doch überwiegt da oft der Eindruck eines zerstrittenen Haufens.

Und schlussendlich haben wir als Partei in Sachen Offenheit und Beteiligungsmöglichkeiten den Zug der Zeit verpasst. Es genügt heute nicht mehr, den Menschen Forderungen zu präsentieren oder schlaue Konzepte vor die Nase zu setzen, die sie dann als der Weisheit letzten Schluss oder als die einzige richtige Lösung begreifen sollen. Akzeptanz erwächst heute immer mehr aus Einmischung, Diskussion und Mitarbeit.

In der PDS haben wir früher gesagt,

wir müssen mit den Menschen Politik machen, nicht für sie. Zugegeben, das war damals auch mehr Anspruch als Realität. Aber inzwischen geriet selbst der Anspruch in Vergessenheit und wurde oft durch eine Kultur des Predigens ersetzt. Da haben wir Boden verloren.

Welche Rolle hat Deiner Meinung nach der oft desolate Eindruck der Partei Die Linke auf Bundesebene gespielt?

Natürlich korrespondieren die sinkenden Werte mit dem Gesamterscheinungsbild der Linken in den vergangenen zwei Jahren, in denen wir den Wählerinnen und Wählern signalisiert haben, dass wir mehr mit uns selbst beschäftigt sind als mit ihren Sorgen und Problemen. Vor allem aber wissen die Menschen nicht mehr, woran sie mit der Linken sind. Wenn da plötzlich der Eindruck im Raum steht, dass der Bruch mit der SED-Vergangenheit, den die PDS für viele glaubhaft vollzogen hatte, in der neuen Partei nicht mehr so recht gilt, wenn bekannte Persönlichkeiten ins Abseits gestellt werden oder im Frust austreten, dann mag das ja einige Wenige, die schon immer meinten, dass das Abweichler seien, freuen. Aber für viele Andere standen die eben auch für eine moderne und diskursfähige Linke.

Der Bundesparteitag hat sich in einer Kampfabstimmung für Katja Kipping und Bernd Riexinger als neue Vorsitzende ausgesprochen. Ist nun alles gut?

Ich verspüre zumindest bei beiden den Willen, die bisherigen Grabenkämpfe zu beenden und ein Aufeinanderzugehen in der Partei zu befördern. Ebenso die Bereitschaft zu einer wirklich offenen und ehrlichen Diskussion, statt des Abschirmens vor Kritik, wie ich sie zuletzt oft erlebt habe.

Gut wird es aber erst wieder, wenn wir mit unseren unterschiedlichen politisch-strategischen Ansätzen konstruktiv umgehen und verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Wir müssen wieder lernen, dass Protest und Widerstand gegen die Missstände in dieser Gesellschaft, eine pragmatisch-



realistische, auf die Durchsetzung konkreter Verbesserungen orientierte Politik und das Entwickeln von über den Tag und die nächste Wahl hinausgehenden Vorstellungen für einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel zusammengehören. Keiner dieser Ansätze darf über die anderen obsiegen – es geht darum, sie gemeinsam produktiv in Beziehung zu setzen. Das wird noch ein langer harter Weg.

Der Parteitag hat Dietmar Bartsch zwar nicht zum Vorsitzenden gewählt. Mit Matthias Höhn, Raju Sharma und auch Axel Troost sind im Geschäftsführenden Parteivorstand jedoch Personen, die eher für eine „Reformpolitik“ stehen. Du selbst, Halina Wawzyniak und Katina Schubert sind in den Parteivorstand gewählt worden. Gibt es eine Chance, die schroffen Feindbilder, die auf dem Parteitag „ gepflegt“ wurden, zu überwinden und zu einer sachlichen Arbeit zurückzukehren?

Ich hoffe es und füge hinzu, dass das eine Aufforderung an alle ist. Wir brauchen Klaus Ernst ebenso wie Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht genauso wie Halina Wawzyniak oder Stefan Liebich und Ulla Jelpke. Wir haben nur diese Chance.

Nutzen wir sie nicht, werden wir bei der Bundestagswahl scheitern und die Option auf eine starke, unabhängige Linke neben SPD und Grünen wäre auf lange Jahre verloren. Das wäre angesichts der Rollen, die Deutschland in Europa und Europa in der Welt spielen, fatal.

Du bist auch Mitglied im fds. Das fds hat sich wohltuend von anderen Strömungen unterschieden und in der Vorbereitung des Parteitages nicht versucht, bestimmte Personen für Partefunktionen zu „pushen“ und andere heftigst zu bekämpfen. Worin siehst Du die künftige Aufgabe der Strömungen in der Partei Die Linke und speziell des fds? Oder haben sie sich überlebt?

Als Mitglied in sogar zwei Strömungen, nämlich des fds und der Ema.

Li, bekenne ich mich zu bestimmten Inhalten, nämlich transformatorischer Politik als Modus der Überwindung des Kapitalismus und der Notwendigkeit, emanzipatorische Prozesse als Teil dieses Transformationsprozesses vorantreiben zu wollen. Meine Rolle als Strömungsmitglied habe ich nie darin verstanden, Karriere- bzw. Mandatsnetzwerke zu organisieren oder gar in den „Krieg“ um die Hegemonie in der Partei einzutreten. Es geht, denke ich, um spannende Diskussionen und Impulse, die die Kultur und die politische Substanz der Linken voranbringen. Ich könnte niemals Landesvorsitzender sein, wenn ich die Zugehörigkeit zu Strömungen nicht für ein absolut nachrangiges Kriterium gegenüber den Interessen der Gesamtpartei betrachten würde. Mein Verständnis ist also: Strömungen können belebend und bereichernd wirken, wenn sie ihre Strömungspolitik und ihre Strömungsinteressen nicht mit Dominanzansprüchen der gesamten Partei überhelfen wollen. Sie müssen den Respekt vor anderen Sichten fördern, sich als politische Bildner und als Teil lebendiger Parteikultur betrachten. Außerdem müssen sie transparent und offen, soli-

darisch und schließlich immer auch im Interesse der gesamten Partei agieren. Der große Teil unserer Mitgliedschaft gehört überhaupt keiner Strömung an. Das müssen diese respektieren und akzeptieren, statt zu instrumentalisieren oder zu manipulieren. Und schließlich meine ich: Strömungen sollten statutarisch nicht mit Mandaten auf Vertreter/innenversammlungen oder Parteitagen bedacht werden. Ich habe mich immer dafür eingesetzt, bisher leider ohne Erfolg, dass das Prinzip „Ein Mitglied, eine Stimme“ konsequent gilt. Nie habe ich verstanden, warum die Bildung von Strömungen mit besonderen Mandatsquoten bei Parteitagen belohnt wird. Ich meine, das hat sich überlebt – nicht Strömungen als solche.

Was hältst Du von der eher nebenbei beschlossenen Forderung nach einer Mindestrente von 1050 Euro? Die Forderung ist ja auch eine Abkehr von der beitragsfinanzierten Sozialversicherung.

Ich halte es für richtig, dass Die Linke dafür eintritt, dass alle Menschen ein Leben frei von Existenzsorgen führen und Anteil am sozialen, kulturellen

und geistigen Leben nehmen können. Wenn Studien besagen, dass dafür eine solche Rente notwendig ist, dann ist das gerechtfertigt.

Aber ich bin dazu zu wenig Experte auf dem Gebiet. Dass unser bisheriges Sozialsystem, das von Grundannahmen wie einer weitgehend ungebrochenen Erwerbsbiografie ausgeht, reformiert werden muss, halte ich für richtig.

Zum Schluss noch einmal ausdrücklich die Frage: Wie kann Die Linke es angesichts der Wahlerfolge der Piraten und der Abwanderung von Wähler/innen zur SPD schaffen, wieder in den Bundestag einzuziehen?

Neben dem, was ich dazu schon gesagt habe, wird es darauf ankommen, die auf uns zukommenden Entwicklungen im Zusammenhang mit der Europäischen Finanzkrise rechtzeitig und frei von ideologischen Scheuklappen zu erkennen und gegenzusteuern. Nicht, indem wir einfach nur konsequent dagegen sind, sondern indem wir uns zu einem in den Augen der Wählerinnen und Wähler notwendigen Bestandteil der Lösung machen.

Die Fragen stellte Wolfgang Freye.

Göttinger Parteitag – Ein Diskussionsbeitrag von Christoph Cornides in <http://parteidebatte.die-linke.de>

„Gräben zuschütten“ – „aufeinander zugehen“. Es geht nicht von alleine zusammen, was zusammen weitergehen soll

Zwei begriffliche Aktivitätsbilder machen nach Göttingen die Runde: „Gräben zuschütten“ und „aufeinander zugehen“. Damit ist immerhin klar gesagt, dass das tatsächliche Zusammengehen der verschiedenen Entstehungs- und Entwicklungsteile und -linien der Linken a) noch nicht erfolgt ist und b) nicht von alleine passiert.

Die Rede Gregor Gysis auf dem Göttinger Parteitag bezog deutlich und persönlich Gegenposition zur Masche der Leugnung von Gräben bei gleichzeitiger Beschäftigung mit ihrer weiteren Vertiefung. Politische Gräben zur Kenntnis zu nehmen und für alle unausweichlich zur Kenntnis zu bringen, ist die Voraussetzung, um sie bewusst zu überwinden.

Der von allen über längere Zeit bis zum Göttinger Parteitag erfahrene und erfahrbare Spaltungsdruck ist selbst gemacht, er ist in der Partei erzeugt. Keineswegs aber war er Ergebnis der tatsächlich vorhandenen Unterschiede und Differenzen. Der erfahrbare Spaltungsdruck war vielmehr Ergebnis einer bestimmten Methode ausgrenzender, anhang- und blockbildender, personalisierter Stimmungspolitik in der innerparteilichen Auseinandersetzung. Den Einsatz von

Mechanismen dieser blockbildenden – zugleich identitätsstiftenden und ausgrenzenden – Politik finden wir in unterschiedlichsten Ausprägungen in allen möglichen Formen von Gruppen- und In-Gruppenbildung. (z.B., da meist in relativ harmlose Form: beim Fanclub). (Aber s. dazu auch: Crossover-Gesangsfelgriff im Anstimmen traditioneller Weisen nach Einzelwahlgang auf dem Parteitag.) Tatsächliche Unterschiede und Differenzen sind dabei nie sachliche Herausforderungen zur Klärung, zur Auseinandersetzung und zum Diskurs (beim Fanclub muss das auch nicht sein, sonst wäre ja der Spaß weg), sondern lediglich unaufgeklärtes Material für den jeweils verfolgten politischen Ab- und Ausgrenzungszweck. Hier „wir“, da „die“, ist die Kurzformel für die gezogenen Gräben.

Solche blockbildende Stimmungspolitik oder stimmungspolitische Blockbildung braucht „Protagonisten“ (die hervorgehobenen Personen, s. Online-Duden), „Antagonisten“ (die Gegenspieler), sie braucht Mitspieler und sie braucht Publikum. Im politischen Leben strukturieren sich darüber Hierarchien. Und das wurde in der Rede von Gregor Gysi deutlich angesprochen, diese Methode innerparteilicher Aus-

einandersetzung hat was hochgradig Irrationales.

Jetzt aber die doch interessante Frage: kann man einen Prozess, den die Verwendung dieser Methoden in Gang gesetzt hat, der immerhin einige tausend Leute beschäftigt hat, der die einen zeitweise in Stimmung, die anderen in erhebliche Missstimmung gebracht, in Mitleidenschaft gezogen, enttäuscht hat – kann man den einfach abstellen und dann (mehr oder weniger) locker zum „Gräben zuschütten“ und „aufeinander zugehen“ übergehen?

Ja, 1. man, besser gesagt wir, können und 2. ja, dafür, dass es funktioniert, gibt es sogar ganz gute sachliche Gründe.

Dieser Typus ausgrenzender und vereinnahmender innerparteilicher Blockbildung ist absichtsvoll in Szene gesetzt. Also kann er – wenn gewollt – auch wieder abgesetzt werden. Aber gleich stellt sich die Frage: warum, aus welchen nachvollziehbaren sachlichen Gründen, sollte das mit Aussicht auf gewisse Dauer passieren? (Wer will sich jetzt noch allein auf erklärte gute Absichten und Vorsätze einzelner oder auch vieler verlassen?)

Die einfache Absetzung dieser Methoden innerparteilicher Auseinan-

dersetzung sollte derzeit leicht fallen, fast ergibt sie sich von selbst – weil diese Methode erstmal gescheitert ist, ihren Zweck nicht erfüllt hat. Sie ist gescheitert an den Mitgliedern, dem Parteitag, den Delegierten, den vielen, die diese Politik nicht mitgemacht haben, denn niemand, keine Seite hat die Hegemonie, die Vorherrschaft über die Partei errungen. So haben es die Delegierten entschieden. Eine Methode aber, die ihren Zweck nicht erfüllt hat, die kann getrost auch beiseite bleiben und gelegt werden, denn sie hat's offensichtlich dann doch „nicht gebracht“ und ist somit heute ziemlich out und von gestern. Und wer das nach Göttingen noch nicht begriffen hat, dem zeigen die Mitglieder die rote Karte. (Ein freundlicher und deutlicher Hinweis: „Red' / schwätz g'scheid!“ o.ä., je nach Region, reicht da oft schon.) Das ist nach Göttingen auf jeden Fall leichter als vorher.

Deshalb sind die Unterschiede und Differenzen nicht weg, ganz klar, müssen sie auch nicht sein, aber sie können im „Aufeinander-Zugehen“ bearbeitet werden. Hierzu hat der neue Parteivorstand erste Impulse neu gesetzt. Da ist noch viel mehr möglich und notwendig (und nebenbei, im „aufeinander zuge-

hen“ waren wir tatsächlich auch schon mal weiter.)

„Aufeinander zugehen“ ist ja eigentlich auch nur die Einstimmung. Worauf es ankäme, ist dann die praktische Zusammenarbeit an und für klar umrissene Aufgaben. Das führt immer und fast zwangsläufig zu guten Ergebnissen und auch noch zu besseren persönlichen Kennenlernen und Verständnis. Jeder und jede kennt dafür positive Beispiele, an die es anzuknüpfen gilt. (Wahlkämpfe, kooperativ arbeitenden Gremien der Partei, Fachtreffen und Fachaustausch, gemeinsames Lernen, usw. usf.) In der Arbeitsweise und den Arbeitsergebnissen des neuen Parteivorstandes, aller Vorstände der Linken und dann auch in den Fraktionen werden die ersten Prüfsteine für die neue Kommunikation und Zusammenarbeit nach Göttingen liegen.

Vielleicht wäre ja auch die Wieder-einrichtung einer Funktion von „Fusionsbeauftragten“ (besserer Name gesucht) sinnvoll, durch die laufend Maßnahmen vorgeschlagen und über den Fortgang des Zusammengehens berichtet wird. Jedenfalls, dass seit Gründung der Linken in regelmäßigen Ein- bis Zwei-Jahresabständen festgestellt werden muss, das Zusammen-

kommen sei nicht weitergekommen, kann ja unmöglich so bleiben.

Die Vor-Göttinger Methoden der innerparteilichen Auseinandersetzung mussten aber auch zur gedanklichen Verkapselung und theoretischen Verarmung führen. Zu vielen aktuellen Fragen gibt es interessante und vorwärts bringende Beiträge, oft gerade mit erfahrungsbedingt unterschiedlichen Themen, Schwerpunkten und Fragestellungen. In Zeiten stimmungsgeladener Blockpolitik schmorten sie oft nur im Saft des eigenen Clubs. Einerseits wurde vieles undiskutiert weiter gereicht, wenn es nur von den „eigenen Leuten“ kam, andererseits wurde schon mal gar nicht angefasst, was von „den anderen“ kommt, oft beides gleichzeitig. Wie sollen neue öffentliche Diskurse über aktuelle Aufgaben gesellschaftlicher Veränderung unter Teilnahme der Linken entstehen, wenn schon die Mitglieder der Partei untereinander sich die Fesseln innerparteilicher Blockbildung und wechselseitiger Vorzensur anlegen ließen?

Da ist noch viel Raum, um praktisches „aufeinander zugehen“ zu organisieren und um im Diskurs fragend – hoffentlich auch antwortend – weiter zu gehen.

Landesparteitag Die Linke NRW Überraschend tiefer politischer und personeller „Schnitt“ Ausbau der kommunalpolitischen Arbeit von vielen als wichtig angesehen

Einen für viele Beobachter überraschend tiefen politischen und personellen Schnitt hat der Landesparteitag Die Linke NRW am 30.6. und 1.7. 2012 in Münster gezogen. Der Leitantrag des letzten Landesvorstands wurde stark verändert, der Landesvorstand wurde nicht nur im Geschäftsführenden Vorstand neu besetzt. Insgesamt herrschte ein eher angenehmes Klima in der Diskussion, der man allerdings auch anmerkte, dass die Niederlage bei den Landtagswahlen viele stark verunsichert hat.

Noch im Dezember letzten Jahres hatte der alte Landesvorstand Kritik an der Situation im Landesverband mit dem Verweis auf die damals noch guten Umfragewerte von 6 % beantwortet. Das kann niemand mehr vertreten. Auch der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes macht allein bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen deutlich, dass Die Linke NRW in einer Krise ist. Die Mitgliederzahlen sanken von 8.897 im Juni 2010 auf 7.882 im Mai 2012. Viele wurden wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen, der Landesvorstand erhielt im genannten Zeitraum aber auch 308 begründete Austritte.

Sowohl Katja Kipping als auch Bernd Riexinger, beide Parteivorsitzende, ergriffen auf dem Parteitag das Wort.

Vor allem die Rede von Katja Kipping, die für eine neue, pluralistische „Streitkultur“ in der Partei warb, wurde viel beachtet. Beide bezogen sich im wesentlichen auf ihr Programm für die Arbeit des Parteivorstandes. Auch Sahra Wagenknecht, die ihren ersten Wohnsitz gerade ins Saarland umgemeldet hat, erhielt sehr viel Beifall für eine Rede, die sich vor allem mit der Finanzkrise befasste und in der sie im Gegensatz zu anderen Parteifunktionären zu mehr Distanz zur EU aufrief – ganz auf der Linie „Wir gegen alle“.

Nicht mehr „allein gegen alle“ im Leitantrag

Die lange Debatte um den Leitantrag, den der Landesvorstand vorgelegt hatte, verlief dennoch in einem sehr sachli-

chen Klima. 22 teilweise umfangreiche Änderungsanträge lagen vor. Der Landesvorstand hatte sechs schon vorher übernommen, sieben weitere wurden zum überwiegenden Teil erstaunlich eindeutig vom Parteitag angenommen, nur vier wurden abgelehnt. Der Leitantrag wurde dadurch stark verändert, die Aussagen sind teilweise das Gegenstück des ursprünglichen Antrages. Die hier dokumentierten Auszüge sind überwiegend durch die Änderungsanträge in den Leitantrag hineingekommen.

Deutlich wird daran, dass der Landesverband eine kritische Aufarbeitung der Wahlniederlage weiterhin für notwendig hält, sich als pluralistische, lernende Partei versteht und neben Widerstand die Entwicklung konkreter,



machbarer politischer Alternativen für notwendig hält. Auffällig ist, dass er zwar die Notwendigkeit einer eigenständigen Politik neben SPD und Grünen für notwendig hält, die Position der Partei Die Linke aber dennoch meist in Bezug auf diese beiden Parteien definiert. Die Aufgabe eines eigenständigen Beitrages gegen konservative und liberale Politik wird nicht so recht deutlich. Auch das Verhältnis zu den Piraten wird nicht ganz klar.

Die früher starke Dominanz der Strömung Antikapitalistische Linke (AKL) kam in der Antragsdebatte kaum noch zum Tragen. Sie hat sich in verschiedene Gruppen „zerlegt“, außerdem war die Zusammensetzung der Delegierten offensichtlich anders als bei den letzten Parteitagen.

Bunter, pluralistischer Vorstand

Diese Entwicklung wurde auch bei den Neuwahlen des Landesvorstandes deutlich, die die meiste Zeit des Parteitages einnahmen. Die neue „Doppelspitze“ des Landesverbandes wird von zwei ehemaligen Landtagsabgeordneten gebildet, die beide keiner Strömung angehören und in der Fraktion zur Minderheit der eher reformpolitisch Orientierten zählten. Gunhild Böth, Anfang der 90er Jahre schon einmal Sprecherin des PDS-Landesverbandes und zuletzt stellv. Landtagspräsidentin, erhielt gegen eine Gegenkandidatin aus der AKL fast 69 % der Stimmen. Rüdiger Sagel, der als langjähriger Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Grünen in die Partei Die Linke eingetreten war, erhielt gegen drei weitere Kandidaten immerhin fast 53 % der Stimmen.

„Stromlinienförmig“ ist der Vorstand jedoch absolut nicht. Er spiegelt das politische Spektrum der Partei eher recht breit wieder. So sind mit dem neuen Landesgeschäftsführer Sascha H. Wagner und den beiden Stellvertretenden Vorsitzenden Azad Tarhan und Derya Kilic drei der AKL zumindest nahe stehende Mitglieder unter den acht direkt gewählten Mitgliedern des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Zu weiteren stellv. Vorsitzenden wurden die frauenpolitische Sprecherin des bisherigen Landesverbandes, Cornelia Swillus-Knöchel aus Essen, und der langjährige Sprecher des Kreisverbandes Köln, Hans-Günter Bell, gewählt. Beide sind seit Jahren kommunalpolitisch tätig, Bell ist Mitglied der Sozialistischen Linken, aber auch Unterstützer des Aufrufs „Wir sind Die Linke“.

Hans-Günter Bell hatte sich in einer Stichwahl mit knapp 55 % der Stimmen gegen Thies Gleiss durchgesetzt, bisher einer der stellv. Landesvorsitzenden. Gleiss gehört zum trotzkistischen Flügel der AKL und ist einer der entschiedensten Vertreter der Linie „Wir gegen alle“ – mit einer deutlich zur Schau getragenen Arroganz gerade gegenüber der Kommunalpolitik. Aus der ehemaligen Landtagsfraktion wurde außer den oben genannten nur die fachkundige Kölner Sozialpolitikerin Carolin Butterwegge in den Landesvorstand gewählt.

Der Vorstand kann die Pluralität, die der Leitantrag einfordert, also auch tatsächlich in einer Weise „vorleben“, wie das in den letzten Jahren nicht möglich war. Die letzten Landesvorstände in NRW hatten doch etwas viel

von nach außen ideologisch abgeschotteten, in sich umso mehr rotierenden Gefügen.

Kommunale Arbeit weiterentwickeln

Es sind also durchaus Voraussetzungen da, den Landesverband zu einer „lernenden Partei“ umzubauen. Die kommunalpolitische Erfahrung, die mehrere Mitglieder des Landesvorstandes haben, kann ebenfalls dazu beitragen. Sie ist geradezu unerlässlich, wenn es darum geht, die Partei weiter in der Gesellschaft zu verankern und vor Ort zu einer Partei zu machen, die den Interessen insbesondere der ärmeren Bevölkerungsteile Geltung verschafft.

Der Zulauf, den die Agenda-Politik der SPD der Partei Die Linke beschert hat, ist jedenfalls vorbei. Das machen die Wahlergebnisse ganz deutlich. Die Linke steht in NRW in etwa wieder da, wo vor ihrer Gründung die PDS stand. Mit einem Unterschied: Damals hatte sie rund 130 kommunale Mandate, heute nach 80 Austritten von Rats- und Kreistagsmitgliedern noch rund 430. Diese bessere Basis muss entwickelt werden. Das sehen anscheinend viele so, wie der Landesparteitag gezeigt hat – auch wenn gerade das im beschlossenen Leitantrag zu kurz kommt.

Einfach wird es dennoch nicht. Für die Tagespresse ist die Landespartei Die Linke NRW kaum noch ein Thema. Während die gleichzeitigen Parteitage der CDU und der Piraten große Artikel erhielten, gab es über Die Linke NRW zumindest in der Ruhrgebietspresse nur wenige Zeilen. Örtlich ist dies oft anders, sofern Die Linke eine gute Kommunalarbeit macht.

Wolfgang Freye

Leitantrag zum NRW-Landesparteitag am 30.6./1.7.2012 – Auszüge

... Der Misserfolg der Linken NRW

Die Linke NRW hat eine tiefe und schmerzliche Schlappe bei der Landtagswahl 2012 erlebt. Nur noch knapp 195 000 WählerInnen haben uns ihre Stimme gegeben, 241 000 weniger als vor zwei Jahren. Neben den politischen Folgen bedeutet dies auch eine gravierende Verringerung unserer materiellen und finanziellen Möglichkeiten, im Land NRW Politik zu machen.

Der erschreckende Misserfolg unserer Partei bei der Landtagswahl hat seine Ursachen auf verschiedenen Ebenen, die wir selbstkritisch und solidarisch analysieren müssen, um aus den Fehlern für die Zukunft zu lernen ...

– Auch die Linke NRW kann nicht gegen den Bundesrend gewinnen. Die Linke befindet sich bundesweit, in NRW und auch in vielen Kreisverbänden in der Krise. Den vorläufigen Tiefpunkt erlebte diese negative Ent-

wicklung am 13. Mai 2012.

– Es ist uns nicht gelungen, den Einfluss, den wir auf Wahlebene haben, in wirkliche gesellschaftliche Verankerung zu verwandeln. Erschwerend kam hinzu, dass Die Linke mit einer Medienbarriere konfrontiert war. Insbesondere über Erfolge und Forderungen der Linken wurde in den Mainstream-Medien kaum berichtet.

– Seit der Landtagswahl 2010 hat Die Linke im Landtag von NRW eine gute Sachpolitik gemacht. Gemangelt hat es aber an einigen zugesetzten Projekten, die breit bis in die Städte und außerhalb der Parlamente kommuniziert wurden. Das ist – in Ansätzen – nur bei dem Thema Sozialticket gelungen. Wir leiden unter einem großen Missverständnis zwischen Arbeit in diversen parlamentarischen Gremien – auf kommunaler, regionaler und Landesebene – und der außerparlamentarischen Arbeit.

– Die Linke hat sich im Landtag als

kritische Opposition verstanden. Zugleich haben wir mitgeholfen, Hananore Kraft an Stelle von Jürgen Rüttgers zur Ministerpräsidentin zu wählen und die Kraft / Löhrmann-Regierung zu etablieren. Wichtigen Vorhaben der Landesregierung haben wir zum Durchbruch verholfen. Über die Rolle der Linken im Düsseldorfer Landtag bestand jedoch nicht nur bei uns, wichtiger noch: in größeren Teilen der Öffentlichkeit Unklarheit: Hat die Linke mitregiert, hat sie toleriert, oder nur opponiert? Dabei hat es die Fraktion Die Linke an scharfer Kritik der Landesregierung nicht fehlen lassen; aber die selbstbewusste Darlegung unserer parlamentarischen Erfolge blieb ungenügend. Wir haben tatsächlich als soziales und demokratisches Korrektiv gewirkt, diese Funktion aber nicht deutlich genug herausgestellt und unseren Wahlkampf – zumindest anfangs – ausschließlich

auf eine künftige Oppositionsrolle abgestellt. Dass hat dazu beigebracht, dass die überwiegende Zahl der Wählerinnen und Wähler uns im Landtag für entbehrlich gehalten. Ca. 120 000 unserer Wählerinnen/Wähler sind zur SPD und zu den Grünen abgewandert, weil sie unsere Funktion „Druck zu machen“ und dadurch praktische Veränderungen zu bewirken, nicht haben erkennen können.

Für Die Linke ist es wichtig, eigenständige, anti-neolibrale Positionen zu entwickeln und diese den Menschen nahezubringen. Um aber diese Forderungen – etwa nach einem gesetzlichen Mindestlohn, nach einer Mindestrente oder nach der Regulierung der Finanzmärkte – auch tatsächlich durchsetzen zu können, werden wir Bündnispartner brauchen. Die Menschen wissen das und haben uns daher auch im Wahlkampf immer wieder gefragt, wie wir es mit den anderen, von vielen auch als links wahrgenommenen Parteien, also mit SPD und Grünen halten. Darauf nur mit schroffer Abneigung und der Pose „Wir gegen Alle“ zu antworten, reicht nicht.

Es gibt vielfältige Wünsche und Erwartungen, auch innerhalb der sozialdemokratischen, der grünen Wählerschaft, aber auch bei denjenigen, die nicht mehr zur Wahl gehen, an denen wir ansetzen und in breiter angelegte politische Aktionen überführen müssen.

Zu unseren potenziellen Bündnispartnern gehören auch viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, mit denen wir in den Gewerkschaften, in den Stadtteilen oder bei vielfältigen Protestaktionen für kurzfristige und teils auch weitreichende Veränderungen streiten. Nur mit ihnen gemeinsam lassen sich Lohnerhöhungen erreichen, lässt sich der Sozialstaat erneuern und werden wir erfolgreich die Herrschaft der Finanzmärkte beenden. Auf diesem Wege des gemeinsamen Kampfes muss auch die SPD nach links gedrückt und verändert werden. Es reicht also nicht aus, nur zu beschreiben, wo die SPD heute steht – und damit zu dem Ergebnis zu kommen, dass nichts geht. Die scharfe Grundsatzkritik an SPD und Grüne muss verknüpft werden mit konkreten Angeboten und Vorschlägen wie in den Kommunen, im Land und im Bund ein Politikwechsel im Interesse der abhängig Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner, der Jugend erreicht werden kann.

Es ist aktuell nicht zu erkennen, dass SPD und Grüne zu einem echten Politikwechsel eben nicht bereit sind. Sie sind es, die sich einer rot-rot-grünen Regierungsoption und dem erforderlichen

Politikwechsel verweigern. Sie wollen stattdessen Links aus den Parlamenten heraushalten. Eine Politik der harten Abgrenzung zu SPD und Grünen ist insoweit folgerichtig.

Aber zugleich muss deutlich werden, dass rot-rot-grüne Regierungsoptionen, die die Aufgabe hätten, die Lage der Unterprivilegierten zu verbessern und mehr Demokratie herzustellen, nicht an uns scheitern. Ohne diese „Machtperpektive“, die für uns immer auch an einen radikalen Politikwechsel geknüpft bleiben muss, würden wir für einen Teil unserer möglichen Wählerinnen und Wähler auch bei der Bundestagswahl keinen „Gebrauchswert“ haben – und damit unsere Wahlchancen beträchtlich schwächen. Das sollten wir tunlichst vermeiden ...

Es kommt einiges auf NRW zu

... Die Selbstinszenierung von Rot-Grün als Bündnis für sozialen Ausgleich stellt die Linke im Land wie im Bund vor neue Herausforderungen, erst recht solange SPD und Grüne im Bund Opposition sind. Die Linke muss eine beharrlich-widerständige Partei bleiben. Es versteht sich von selbst, dass wir als Linke gewerkschaftliche Kämpfe und außerparlamentarische Proteste anregen, unterstützen und sie auch über unsere Möglichkeiten im Parlament verstärken. Zugleich müssen wir aber damit umgehen, dass in Gewerkschaften und Zivilgesellschaft die Formierung einer breiten, auf Überwindung des neoliberalen Spardiktats zielende Protestbewegung, die auf die Linke als parlamentarische Vertretung setzt, weder absehbar ist noch durch Parteidagsbeschlüsse erreicht werden kann.

In dieser Situation dürfen uns nicht auf eine eng gefasste Rolle des reinen außerparlamentarischen Protestes beschränken. Auch ein Kurs der strikten Abgrenzung von allen anderen Parteien im Sinne eines „wir gegen alle“ wird uns nicht weiter helfen. Die Linke muss sich als eigenständige Kraft mit eigenen Ideen, Vorschlägen und Perspektiven positionieren. Sie muss sich mit der falschen Politik öffentlichen Spares auseinander setzen und Handlungsmöglichkeiten im Land aufzeigen.

In der konkreten Auseinandersetzung mit der Landespolitik von Rot-Grün müssen wir lernen, die Erwartungshaltungen der Wähler an Verbesserungen, die immer noch mit diesen Parteien verknüpft sind, mit konkreten außerparlamentarischen Initiativen aufzunehmen. Dabei gilt es, die Widersprüche zwischen Wahlpropaganda und konkreter Praxis von Rot-Grün ebenso schonungslos aufzuklären wie gemeinsame Durchsetzungsstrategien

für konkrete Verbesserungen vorzuschlagen ...

Die Linke ist in NRW eine Partei mit einer breiten kommunalen Verankerung. Diese Verankerung ist eine wichtige Basis für den Neustart und das Wiedererstarken der Linken im Land ...

Für die Durchsetzung eines politischen Richtungswechsels und einer solidarischen Umgestaltung brauchen wir starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Dafür setzen sich die Mitglieder der Linken gemeinsam mit anderen kritischen Kollegen/innen in den Gewerkschaften ein. Unser Ziel ist es, aus der Linken einen Faktor zu machen, der Gegenwehr gegen die Zumutungen des Kapitals zu mobilisieren vermag. Die Linke muss sich mit inhaltlichen Vorschlägen, mit breiter Beteiligung an Protestaktionen und einer konzentrierten Öffentlichkeitsarbeit als wichtiger Bestandteil des Widerstandes gegen die herrschende Politik bewähren.

2. Pluralität, solidarische Streitkultur und innerparteiliche Demokratie sind Kennzeichen der Linken

... Wenn wir uns organisatorisch und personell in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus verankern und programmatisch eine solche Ausstrahlungskraft erlangen wollen, dass unsere Ideen in den öffentlichen Debatten wahrgenommen werden, dann setzt dies eine Selbstveränderung der Partei voraus. Denn so, wie wir sind, sind wir für viele Menschen unattraktiv. Eine Partei, die schon alles weiß, die von schroffen Gegenüberstellungen lebt und die nicht erkennen lässt, dass sie über Fragen, die die Menschen bewegen, ernsthaft und mit Interesse debattiert, ist nicht nur langweilig; sie stößt ab. Nur wer selber Nachdenklichkeit, Offenheit und Neugier ausstrahlt, wird auch ein entsprechendes Echo auslösen. Wichtiger noch für unsere Debatten ist aber eine Streitkultur, die andere Sichtweisen respektiert, deren Pluralität wertschätzt und trotz Differenzen miteinander solidarisch umgeht.

Die Linke ist eine gesamtdeutsche Partei. Dass unsere Partei aus Menschen mit unterschiedlichen Biographien im Ost- und Westteil der Republik besteht, ist ein Vorteil, den wir bewusster nutzen wollen. Wir wollen den Austausch mit Genossen/innen aus den neuen Bundesländern verbessern, sie zu unseren Veranstaltungen einladen, an ihren Veranstaltungen teilnehmen und gemeinsame Veranstaltungen durchführen ...

Berichtigung zu PB Nr. 6/2010, S. 22: Autoren des Beitrags „Wirtschafts- und Wachstumsstrategie – Das Beschäftigungspaket der EU-Kommission“ waren Rolf Gehring zusammen mit Thilo Janssen, der auf Grund eines Übermittlungsfehlers nicht genannt wurde.

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen – Was können wir tun?

BOCHUM. Eine Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums NRW und des Herausgekrektes „thema in nrw“ befasste sich am 16. Juni mit diesem drängenden politischen und menschlichen Problem. Denn das deutsche Asylrecht ist repressiv und selektiert Flüchtlinge in unterschiedliche Kategorien, bis hin zur weitgehenden Rechtlosigkeit der Menschen ohne Aufenthaltstitel. Diese werden vom Staat in die Illegalität gedrängt und durch die Übermittlungspflicht faktisch vom Grundrecht auf ärztliche Versorgung ausgeschlossen – ein Verstoß gegen die Menschenrechte.¹

Auf der Veranstaltung diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Antje Krieger und Melina Hub von der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum (MFH), Michael Sprünken, dem Geschäftsführer der kommunalen Gesundheitskonferenz Bochum, Heinz Drucks vom Flüchtlingsrat NRW und Benjamin Hoff, ehemaliger Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Berliner Senat.

Antje Krieger schilderte die unhaltbare soziale Situation der, laut Statistischen Bundesamt, rund 600 000 Illegalisierten in Deutschland, andere Schätzungen gehen von bis zu einer Million Menschen aus. Ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, soziale Isolation, mangelnde Aus- und Weiterbildung, Einsamkeit, traumatische Erlebnisse und der fehlende Zugang zur medizinischen Versorgung kennzeichnen die Situation dieser Menschen. Deshalb vermittelt die MFH eine kostenlose und anonyme Versorgung in einem Netzwerk von rund 40 bis 60 Ärzten, Laboren und Krankenhäusern. Außerdem gibt es einen Sozialdienst, psychotherapeutische Betreuung und der politische Einsatz für Strafverfolgung von Menschenrechtsverletzungen unter dem Motto: „Gerechtigkeit heilt“. Letztlich sei das Problem aber, so Krieger, dass der MFH für eine gesetzliche und staatliche Leistung eine Parallelstruktur schafft, die eigentlich überflüssig gemacht werden müsste.

Melina Hub erläuterte die schwierige rechtliche Situation. So gilt zwar für alle Flüchtlinge, auch für die sog. Illegalen, dass die ärztliche Versorgung gewährleistet wird. Aber die Krankenscheine erhalten sie nur von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ausländerbehörde. Diese verfügen über keine ärztliche Qualifikation, können aber trotzdem über die Krankenscheinvergabe entscheiden. Außerdem gilt laut § 87 des Aufenthaltsgesetzes eine grundsätzliche Übermittlungspflicht

der persönlichen Daten von Flüchtlingen durch öffentliche Stellen, wenn der Aufenthaltstitel fraglich erscheint. Ein verlängerter Geheimnisschutz sorgt zwar dafür, dass Ärzte die Abrechnung der Behandlung anonym durchführen können. Trotzdem kommt die Weitergabe sensibler Daten wegen der Übermittlungspflicht und aus Unkenntnis immer wieder vor und in deren Folge die Abschiebung. Deshalb setzt sich der MFH für einen anonymen Krankenschein ein. Ein wichtiger Unterschied zur bisherigen Praxis wäre die Ausgabe des Krankenscheins durch einen Arzt. Eine Arbeitsgruppe mit der Stadt Bochum klärt zurzeit die rechtliche Lage. Michael Sprünken erläuterte, warum aufgrund des engen kommunalen Handlungsspielraumes diese Arbeitsgruppe derzeit nicht weiter berät. So ist das Rechtsamt der Stadt Bochum zu der Auffassung gelangt, dass bei einem anonymen Krankenschein zwar nicht der Arzt meldepflichtig sei, wohl aber wegen der Übermittlungspflicht die beteiligten städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Derzeit wird die Einrichtung eines Modellprojektes überprüft.

Aus diesen Gründen fordert Heinz Drucks, wie auch die MFH, die Streichung der Übermittlungspflicht, den Zugang zu allen Versorgungsbereichen unabhängig vom Status und eine gesellschaftliche Debatte über Wege aus der Illegalität. Er kritisierte die „organisierte Verantwortungslosigkeit“ und Willkür gegenüber Flüchtlingen anhand vieler Beispiele. So sei es gängige Praxis, dass Flüchtlinge die Ausgabe des Krankenscheins verweigert wird, bis die Erkrankung chronisch geworden ist.

Benjamin Hoff gab Hinweise, was unter den restriktiven Bedingungen möglich ist, indem er über die Praxis des ehemaligen rot-roten Berliner Senats berichtete. Dort wurde ein Runder Tisch Flüchtlingsmedizin eingerichtet, der gleichberechtigt vom Senat und dem Büro für medizinische Flüchtlingshilfe geleitet wurde. Der Runde Tisch war Austauschplattform für Verbesserungen im Alltag und gleichzeitig Ort der Debatte über die besten Wege zur Einführung eines anonymen Krankenscheins oder der Abschaffung der Übermittlungspflicht. Praktisch umgesetzt wurden verschiedene Maßnahmen: So z.B. ein zwischen Gesundheits- und Innenbehörde abgestimmtes Schreiben, mit dem festgestellt wurde, dass die Krankenhäuser in Berlin – egal ob öffentlich, freigemeinnützig oder

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen – Was können wir tun?

Samstag, 16. Juni 2012 11.00 bis 15.30 Uhr
Christuskirche Bochum,
Westring 26 A · 44787
Bochum-Zentrum

Referent_Innen:

- Michael Sprünken,
Geschäftsführer der
kommunalen
Gesundheitskonferenz
Bochum
- Benjamin Hoff, ehemaliger Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin, Partei DIE LINKE
- Vertreter/in der medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum (N.N.)
- Heinz Drucks, Vorstand Flüchtlingsrat NRW

(Veranstalter: Thema in nrw, kommunalpolitisches forum nrw)



privat – keine Übermittlungspflicht haben. Für Schwangere wurde mit der Innenbehörde ein Konsens vereinbart, dass diese pauschal drei Monate vor und nach der Geburt geduldet sind, damit sie einen Rechtstitel und Anspruch auf Sozialleistungen haben, um so jederzeit einen Arzt besuchen zu können. Die Ausstellung von Geburtsurkunden für Neugeborene wurde repressionsfrei ausgestaltet. Gemeinsam mit der Ärztekammer sowie Hochschulen wurde eine wissenschaftliche Begleitung vorgenommen, indem Ärztinnen und Ärzte befragt wurden, ob und wie sie Illegalisierte versorgen. Als Voraussetzung stufte Hoff das Vertrauensverhältnis und die enge Kommunikation zwischen Gesundheitsamt und Innenbehörde ein, um alle Ermessensspielräume vollständig ausnutzen zu können.

Die Erfahrungen aus anderen Städten zu nutzen, wo es ähnliche Initiativen, so etwa in Frankfurt eine zielgruppenorientierte, humanitäre Sprechstunde und in München für eine Legalisierungsberatung gibt, ist unverzichtbar. Gerade weil der halblegale Raum so viel Unsicherheit schafft.

Die Veranstaltung war interessant und hat gezeigt, dass die Abschaffung des restriktiven Asylrechts weiter auf der Tagesordnung stehen muss. Solange das nicht der Fall ist, kann wenigstens etwas erreicht werden, wenn die Ermessensspielräume so weit wie möglich ausgenutzt werden. Das kann für die Betroffenen unter Umständen schon viel sein. Das Beispiel Berlin zeigt, dass in NRW mehr möglich ist als bisher. Schade, dass es die Linkspartei, eigenverantwortlich und selbstverschuldet, nicht wieder geschafft hat in den Landtag einzuziehen. Die ehemalige linke Landtagsfraktion hat immerhin die Abschaffung der Residenzpflicht erreicht. Hier wäre noch mehr zu tun gewesen.

Thorsten Jannoff

1) Vor 20 Jahren hat die SPD mit den „Petersbergern Beschlüssen“ unter massiven Druck ihrer damals führenden Politikern und der CDU den reaktionären „Asylkompromiss“ gebilligt und damit diesem Zustand Tür und Tor geöffnet.

Inhalt

Aktuelle Meldungen

Burkhard Hirsch: „Verfassungsschutz kontrollieren, nicht abschaffen“ • Jubel über militärische Schauspiele ist Reklame für den nächsten Krieg • Der Arbeitsmarkt schwächtelt

Linkspartei in der Europa-Sackgasse

Regierungsbeteiligung statt Smørrebrød, rom pom pom

Kinderarbeit und Prostitution

Gewerkschaftsführer von KESK festgenommen

Auslandsnachrichten

Türkei: Verbesserungen für Ikea-Beschäftigte • Repression gegen iranische Aktivisten • Pakistan: Feststellung für Vertragsarbeiter bei Nestlé • Adidas will keine Abfindungen zahlen • DHL: Systematische Arbeitsrechtsverletzungen • Bermuda: Stoppt die Zerschlagung der Gewerkschaft bei KFC • Alabama (USA): „Organising“-Sieg bei Geflügelbetrieb

Aktionen ... Initiativen

„Licht an für die Menschenrechte!“ • Online-Petition gegen Eröffnung des „Asylknastes“ am BER • Protestaktion gegen Rüstungsexporte • Städte und Gemeinde für eine atomwaffenfreie Welt • Historikerstreit mündet in Bürgerentscheid über Hindenburgplatz • „Stoppt die Vorbereitungen für die Flutung der Assel!“ • G 20 in Mexiko: WEED sieht eher bedeutungslose Veranstaltung • Verfassungsbeschwerde zu ESM und Fiskalvertrag in Karlsruhe eingereicht

Sans Papiers in Mannheim und Freiburg

Stromsperrern und Energiearmut

Debatte um „kostenlosen“ ÖPNV in Freiburg

Kommunale Politik

Gewerbesteuern sprudeln und Norderstedt zockt mit Zinsen • Betroffene tappen im Dunkeln: Essen. • Eine herbe Niederlage für das Hartz-IV-System: Gelsenkirchen • Fiskalpakt-Einigung: Linke kritisiert Zustimmung. Hamburg. • Forderung nach Entlastung der Kommunen bei der Eingliederungshilfe für Behinderte: Berlin. • Vertagen nutzt nichts, Wasserpreise müssen für alle runter! Frankfurt a.M. • Wohnungslücke schließen, sozialen Wohnraum schaffen: Bremen • Wirtschaftstrojaner: Stadtverwaltung unterstützt Linksfraktion. Bonn • Bund muss Umsatzsteuerfreiheit interkommunaler Kooperation klarstellen: Berlin

Arm trotz Arbeit

Zeitbombe Arbeitsstress

Wirtschaftspresse

Klaus Lederer: „Skandalisierung der Fehlentscheidungen der SPD reicht nicht“

„Gräben zuschütten“ – „aufeinander zugehen“. Es geht nicht von alleine zusammen, was zusammen weitergehen soll

Linke NRW: Überraschend tiefer politischer und personeller „Schnitt“

Medizinische Versorgung von Flüchtlingen – Was können wir tun?

Sommerschule der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“: von Donnerstag, 2. bis Samstag, 4. August 2012 in Erfurt

Informationen zur Sommerschule 2012 – Bitte Änderungen beachten

Die Lage und Dauer der „Schule“ hat sich verändert. Wir tagen von Donnerstag (14 Uhr) bis Samstag (18 Uhr). Die Mitgliederversammlung wird am Donnerstagabend stattfinden, so dass gegebenenfalls der Freitagabend noch als Seminarzeit genutzt werden kann.

Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der verkürzte Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Somit findet die Sommerschule 2012 von Donnerstag, 2.8., bis Samstag, 4.8.2012, in Erfurt statt. Beginn ist am Donnerstag um 14 Uhr, Ende am Samstag um 18 Uhr.

Die ArGe-Mitgliederversammlung findet am Donnerstag, 2.8., voraussichtlich 19 Uhr, statt.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt,

Kurs Wirtschaft: Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt und die Arbeitskraft

Der Kurs Wirtschaft wird im Sommer die im Winter begonnene Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex Arbeitsteilung, Arbeitsorganisation, Arbeitsmarkt fortführen.

Wahrscheinlich wird es nötig sein, in einem ersten Schritt Rückschau zu halten auf die Interpretation der Fabrikarbeit bei Karl Marx und die Reichweite des damals entwickelten Konzepts von „einfacher“ und „zusammengesetzter“ Arbeit auszuloten. Einen Blick auf die an der Wende zum

Kurs Philosophie/Kulturwissenschaften: Parteiensystem in Bewegung

Im Sommerkurs Philosophie / Kulturwissenschaften wollen wir uns mit dem Parteiensystem befassen. sollen, so eine mögliche These, wichtige Vermittlungsarbeit für gesellschaftliche Entscheidungen leisten. Das geht aber nur, wenn sie sich sowohl im politischen System auskennen als auch in

Kurs Internationale Politik: Linkes Konzept der „Europäischen Ausgleichsunion“, rechte Kritik an der „Europäischen Transferunion“, Politik gegenüber beitrittswilligen Ländern

Zu allen diesen Punkten wird für den Kurs Internationale Politik ein Material-Reader zusammengestellt. Als Vorweglektüre wird empfohlen: Axel

Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg.

Die Kosten für Ü/F betragen 26,00 Euro + ca. 1 Euro Kurtaxe pro Person. Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen.

Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. **Anmeldungen bitte sofort** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

Im folgenden noch einmal stichwortartig die Kursbeschreibungen, ausführlich waren sie in den Politischen Berichten Nr. 6 enthalten.

Sodann müsste wir uns ein weiteres Mal mit dem Bourdieusche Konzept von Bildung als Akkumulation von Kulturkapital vergegenwärtigen. Anregungen und Anfragen bitte an: martin.fochler@freenet.de, Rolf Gehring rgehring@efbh.be, ruediger@loetzer.com

dem Milieu, für das sie stehen. Ist das nicht der Fall, scheitert die Vermittlung, was wiederum rückwirkt auf die Partei, im allgemeinen in der Form, dass sie an Einfluss verliert – sowohl im politischen System als auch in ihrem Milieu. Anregungen und Anfragen bitte an: eva.detscher@web.de

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in drei Wochen am 26. Juli 2012, Redaktionsschluss: Freitag, 20. Juli.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:
jeweils donnerstags: 6. September, 5. Oktober, 2. November, 30. November, 9. Januar 2013